

Redaktion Titl. Dölnická 2.
Zugabe: 2096, 31460.
Nachdruck verboten: 39844.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . . . 16.-
vierteljährlich . . . . . 48.-
halbjährlich . . . . . 96.-
jährlich . . . . . 192.-

Zustellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Ergebnis mit Ausnahme des Postings (1918) 1919.

Keine Aenderung in Paris.

Paris, 28. Mai. Der heutige Tag hat keine Aenderung der Lage bei den Reparationsverhandlungen gebracht. Seit gestern bemüht man sich, eine neue Grundlage für die Zahlenfrage zu finden. Die Sekretäre der fünfzigerdelegationen haben den Auftrag, diese schwierige Aufgabe durchzuführen. Wie verlautet, sind sie bis jetzt zu einem greifbaren praktischen Ergebnis noch nicht gekommen. Die Arbeitspause, die jetzt eingetreten ist, hat Dr. Schwach bemüht, um sich auf einige Tage auf das Land zu begeben.

Owen Young vermittelt neuerdings.

Paris, 28. Mai. Wasas berichtet: Owen Young, der heute Vormittag mit Dr. Schwach eine Unterredung hatte, hat einen Meinungsaustrausch auch mit den Sachverständigen der Gläubigermächte gepflogen, um zu versuchen, als Vermittler die von den verschiedenen Delegationen eingenommenen Standpunkte auszugleichen. Infolge dessen scheint nicht jede Hoffnung, zu einer Verständigung zu gelangen, aufgegeben zu sein.

Die belgischen Wahlergebnisse

immer noch nicht vollständig.

Brüssel, 28. Mai. Die amtlichen Resultate der Wahlen stehen noch für die Provinz Ostflandern und Brabant aus. Die Verluste werden sich wahrscheinlich so gestalten, daß die Sozialisten acht, die Kommunisten ein und die Katholiken drei Mandate verlieren. Die flämische Frontkampferpartei gewinnt sechs Mandate, die Liberalen ebenfalls sechs. Ein Kommunist wird wahrscheinlich sein Mandat behalten.

Die amerikanischen Zollserhöhungen angenommen.

Washington, 28. Mai. (Neuter.) Das Repräsentantenhaus hat mit 196 gegen 90 Stimmen einen Nachtrag zum Zolltarifgesetz angenommen, demzufolge Leder, Häute, Ziesel und Schuhe aus dem Bezirkeis neuer Gegenstände, deren Einfuhr frei ist, getrichen und in das Verzeichnis der zollpflichtigen Gegenstände aufgenommen werde. Der Zoll auf Leder beträgt 10 Prozent, auf Häute 12,5 bis 30 Prozent, auf Ziesel und Schuhe 20 Prozent.

Der Sowjetkonsul in Chardin verhaftet.

Chinesische Polizei dringt mit Gewalt ins Konsulat ein.

Peking, 28. Mai. (Neuter.) Aus Chardin wird gemeldet, daß die chinesische Staatspolizei das Sowjetkonsulat in Chardin umzingelt und durchsucht hat. Etwa 100 chinesische Polizisten drangen unermüdet in das Gebäude ein. Die verriegelten Türen wurden erbrochen, worauf die russischen Beamten versuchten, eine große Menge von Schriftstücken zu verbrennen. Hierbei geriet auch die Inneneinrichtung in Brand und die Feuerwehr mußte gerufen werden. Die Polizei nahm alle Anwesenden, darunter 45 Russen, fest. Unter den Festgenommenen befinden sich der sowjetrussische Generalkonsul in Chardin, Mziutoff, und der Generalkonsul von Mukden, Niznesoff.

Die chinesische Polizeibehörde veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß die Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, weil der Verdacht bestand, daß eine geheime Zusammenkunft der besten Internationale im Konsulat abgehalten worden sei. Ferner wird erklärt, daß man auch Waffen und Opium vorgefunden habe.

Eine „Aktion“ der Fahnenhändler.

Wien, 28. Mai. (Eigenbericht.) Gestern hatten die Spinwebler über das Rekonvoleszentenheim der Arbeiterkrankenkasse in Pöchlern Volksoberker, weil ein wegen Trunkenheit aus der Anstalt entfernter Heimwehmann nicht wieder aufgenommen wurde. Sie hatten Posten aufgestellt, welche die Bauern verhindern sollten, die Anstalt mit Milch und Eiern zu beliefern. Die allgemeine Entrüstung, die dieses Vorgehen hervorrief, hat sie heute veranlaßt, ihre Posten wieder zurückzuziehen, womit dieser Anschlag zusammengebrochen ist.

Unruhen in Buchara.

London, 28. Mai. In Buchara in Sowjetrußland sind ernste Unruhen ausgebrochen. Es wurden in aller Eile sowjetrussische Truppenverbände dorthin entsandt.

Böhmische Landesvertretung.

Um die Sprache der deutschen Referenten. — Schulerfolge. — Zwei Kampfabstimmungen.

Wie wir bereits am Sonntag berichtet haben, wird in der böhmischen Landesvertretung schon seit mehreren Tagen zwischen den tschechischen und deutschen Parteien darüber verhandelt, ob der Referent, wenn es sich um ein deutsches Mitglied der Vertretung handelt, auch in deutscher Sprache referieren kann. Diese Frage betraf u. a. auch den Genossen Grund, der zu drei Punkten der Tagesordnung als Referent des Landesauschusses bestimmt worden ist. Genosse Grund war von Anfang an unter Zustimmung unserer Fraktion dafür, sein Referat in tschechischer und deutscher Sprache zu erlassen. Dieser Auffassung schlossen sich auch diejenigen deutschen Parteien an, deren Angehörige in dieser Session der Landesvertretung gleichfalls Referate zu erstatten hatten. Ueber die ganze Frage fanden nun seit dem Zusammenritte der Landesvertretung Verhandlungen zwischen den tschechischen und deutschen Parteien statt, mehrere Obmännerkonferenzen beschäftigten sich damit. Es schien zunächst, daß es zu einer Einigung kommen werde. Die tschechischen Regierungsparteien kamen mit Vorschlägen heraus, welche von den tschechischen Koalitionsparteien des Abgeordnetenhauses genehmigt waren und diese Vorschläge hatten folgenden Inhalt:

Die deutschen Referenten erhalten ihre Berichte in tschechischer und deutscher Sprache, und zwar stets in tschechischer Sprache zuerst. Ebenso sprechen sie im Schlußwort sowie in der Debatte — wenn sie sich als Referenten zu Worte melden — in beiden Sprachen. Derselben Grundzüge gelten auch für den Fall, wenn ein Mitglied der Landesvertretung, das nicht dem Landesauschusse angehört, ein Referat erstattet.

Die tschechischen Parteien verlangten in einem früheren Stadium der Verhandlungen, daß sich diese Art der Regelung nur auf die Verhandlungen in der Landesvertretung, nicht aber im Landesauschusse erstrecke. Die deutschen Parteien jedoch erklärten, daß an der bisherigen Regelung im Landesauschusse festgehalten werden müsse, was schließlich auch die tschechischen Parteien konzedierten. Hierbei soll nicht vergessen werden, daß sich auch der Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten in der Obmännerkonferenz der Landesvertretung, Genosse Macháček, dafür einsetzte, daß die Referenten, die der deutschen Nation angehören, ihre Referate auch in deutscher Sprache vorbringen können. Von allen Parteien der Landesvertretung machten nur die tschechischen Nationalsozialisten und die Nationaldemokraten Schwierigkeiten, letztere nachdem ihr Vertreter im Väterauschusse des Abgeordnetenhauses den oben angeführten Grundzüge zugestimmt hat. Die tschechischen Nationaldemokraten verlangten nämlich in der geistigen Sitzung der Obmännerkonferenz, daß in den Vereinbarungen, die zwischen den tschechischen und deutschen Mitgliedern der Landesvertretung getroffen werden sollten, noch ein Punkt aufgenommen werde, wonach in den Bezirken und Gemeinden mit deutscher Mehrheit dahin gewirkt werde, daß keine Gründe in Sprachenbeschwerden der Angehörigen der tschechischen Minderheiten vorhanden sind. Da nun in der Obmännerkonferenz keine Einigung erzielt wurde, wurde ein Subkomitee eingesetzt, das aus zwei Vertretern der tschechischen Parteien (dem Agrarier Erba und dem Nationaldemokraten Dr. Mandl) und zwei Vertretern der deutschen Parteien (dem Landbesitzer Kaiser und Gen. Dr. Strauß) bestand. In diesem Subkomitee schlugen nun die beiden deutschen Vertreter vor, den betreffenden Paktus so zu formulieren, daß die tschechischen und deutschen Klubs der Landesvertretung dahin wirken werden, daß in allen territorialen Selbstverwaltungskörpern Sprachenfragen im Geiste der nationalen Verständlichkeit bereinigt werden. Der Vertreter der Nationaldemokraten wollte aber von seinem ursprünglichen Standpunkte, der eine (nur

einseitige) Bindung der Deutschen, nicht aber auch der Tschechen beinhalten würde, nicht abgehen und so zerbrachen sich durch Schuld der Nationaldemokraten die Verhandlungen. Ob es zur Erstattung der Referate der deutschen Landesauschussmitglieder heute kommen und wie sich dann der Landespräsident verhalten wird, weiß man noch nicht.

Aus dem Verlauf der Sitzung, den wir unten schildern, heben wir nur hervor die beiden Niederlagen, welche die Agrarier in der Frage der Reform des Wahlrechtes in den Landeskulturrat und in der Frage der Gleichstellung der Bezirksstragewärter mit ihren staatlichen Berufskollegen, erlitten haben. Die gute Präsenz bei den sozialistischen Parteien verhalf hier zum Erfolge.

Ueber den bedeutungsvollen Erfolg der sozialistischen Parteien in der Frage der Erhaltung schwacher besuchter Bürger Schulen berichten wir an anderer Stelle.

Die gestrige Sitzung der Landesvertretung begann mit einer Schuldebatte, über welche wir an anderer Stelle berichten. Sodann wurde ein Antrag Dr. Kitters, der eine Regelung der Bezüge der

provisorischen Fachlehrer an Bürger Schulen

bezweckt, den entsprechenden Kommissionen zugewiesen. Dazu führte Genosse Jilner aus, daß die Lösung dieser Frage äußerst dringend ist und einer endgültigen baldigen Lösung bedarf, im Interesse der Schule und Lehrerschaft. Es gibt provisorische Fachlehrer, die bereits 10 Jahre alt sind, über eine 20jährige Dienstzeit verfügen und dabei schon 10 Jahre an der Bürgerschule wirken. Durch die Auflassung von Klassen, bzw. Schulen waren viele solcher Lehrer Stellenlos und verlieren dadurch nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen den Anspruch auf die Bürgerschulbegünstigungen. Besonders hart sind in dieser Beziehung die männlichen Lehrkräfte daran, von denen nur 69 Prozent definitiv sind, während von den weiblichen Fachlehrerinnen 93 Prozent definitiv sind. Sowohl die provisorischen als auch die festvertrenden Fachlehrer sind ganz dem Wohl und Wehe der Bezirkschulinspektoren, bzw. Bezirkschulinschüssen ausgeliefert. Es wäre dringend notwendig, daß man für die Lehrer eine rechtliche Grundlage schafft, wie z. B. ein Definitivum ohne Bestimmung des Dienstortes und vor allem die Regierungsverordnung zu § 23 des Ges. 104/26 betreibt, zum Wohle unserer Bürgerschule. Nicht unerwähnt soll bleiben das trübe Verhältnis in geldlicher Beziehung. So erhält ein Substitut (ev. auch ohne Nachprüfung) an der Bürgerschule 100 K monatliche Zulage, der provisorische Fachlehrer mit Prüfung hingegen nur 66 K. Diese Verhältnisse müssen ausgeglichen werden und wenn man bedenkt, daß ein provisorischer Fachlehrer bei seiner Rückverweisung auch noch seine Bürgerschuljahre und Zulagen verliert, so ist dies etwas ganz Angeheuliches.

Von den Zusatzanträgen, die angenommen wurden, ist bemerkenswert der Antrag, wonach provisorische Fachlehrer an Bürgerschulen als als Substituten im Bezug der Bürgerschulzulage (und zwar nicht nur bis zum Jahre 1936, wie ursprünglich beantragt worden war) bleiben.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wurde dann ein Antrag betreffend Festsetzung des Weges des für Religionslehrer, die diesen Unterricht außerhalb ihres Sprengels erteilen müssen, an die Schul- und Budgetkommission weitergeleitet; sodann wird ein Bericht über den Erlaß des Landesamtes, wonach die Schonzeit für Ruhe verlängert wurde, zur Kenntnis genommen.

Während der Debatte über einen Antrag, wonach auf dem bereits erworbenen Grunde in Lichtenstadt bei Joachimsthal eine

deutsche Irrenanstalt

errichtet werden soll, kam es zu einem kurzen Zwischenfall, als der Landespräsident der kommunistischen Rednerin Mares nach zweimaliger Ermahnung mit der Begründung das Wort entzog, daß sie nicht zur Sache gesprochen habe. (Schluß auf Seite 2.)

Der Weg der grünen Internationale.

Auf dem soeben in Prag zu Endegeführten ersten Kongreß der agrarischen Internationale fehlte auffallenderweise — sie war auch sonst nicht lückelos — jede Vertretung der bäuerlichen Parteien und Organisationen in Jugoslawien. Ganz einfach deshalb, weil es in Jugoslawien weder unter den Serben, noch unter Kroaten und Slowenen gegenwärtig eine bäuerliche Organisation gibt; sie sind sämtlich der unter dem Protektorat der Donau stehenden militärischen Staatsstreichebande zum Opfer gefallen. Der erste Akt der Befreiung der internationalen Solidarität der auf dem Prager Kongreß versammelten Vertreter der Parteien und Organisationen der Agrarier der verschiedenen Länder hätte ein stammender Protest gegen die Auflösung der bäuerlichen Organisationen in Jugoslawien und eine Sympathieerklärung für die der Söldnerherrschaft der militärischen Diktatur schuldlos ausgelieferte jugoslawische Bauernschaft sein müssen. Ist ein sozialistischer internationaler Kongreß vorstellbar, der dies nicht getan hätte? Der Kongreß der agrarischen Internationale aber hatte kein Wort der Empörung über die Unterdrückung der jugoslawischen Landesbrüder übrig! Wie hätte er sich auch zu einer Solidaritätsaufhebung aufrufen sollen? Als in Jugoslawien der Abolitionismus erdriekt wurde, war es die agrarische Presse bei uns, die den staatlichen Umsturz voll billigte. Das mag Herrn Dr. Beneš zuliebe in Erfüllung der von ihm gegenüber der Kleinen Entente eingegangenen Bündnispflichten und aus sogenannter haarethaltender Geminnung heraus getan worden sein, eine Internationale aber, die die Militärdiktatur beargwöhnt, obwohl schon damals sichtbar war, daß sie zur Unterdrückung jeder freien politischen Meinung führen werde und die auch noch schweigt, obwohl der Abolitionismus die Führer der bäuerlichen Parteien entkernt und die bäuerlichen Organisationen auflöst, ist jedenfalls eine Lastbarkeit. Wie hätten die jugoslawischen Bauernführer auf dem Prager Kongreß erscheinen sollen, da ihre Gastgeber kurz vorher zu ihrer Unterdrückung Beifall erteilt hatten!

Damit sei nicht gesagt, daß es den Gründern der agrarischen Internationale mit dieser und mit ihrem Ausbau nicht ernst sei. Es gibt nur einige Aufklärung über das Wesen dieser Internationale, der der Respekt vor der Reaktion höher steht, als das Gefühl der demokratischen Verbundenheit mit verfolgten Landesbrüdern. Wo ist überhaupt der Gedanke dieser Internationale, wo ihr wenigstens in großen Umfassen festgelegtes Programm und Ziel, wo ihre Prinzipienklärung, welche die Grundlage ihres internationalen Handelns zu bilden hat? Politisch: wollen die tschechischen Väter der agrarischen Internationale, die auch zugleich die Gründer der tschechischen Bauernvereine sind, daß die grüne Internationale auf dem Wege der Demokratie ihre Ziele erreichen, oder auf fascistischem? Und welches sind überhaupt diese gemeinsamen internationalen Ziele des politischen Agrarismus? Wirtschaftlich: Ist die grüne Internationale für Zölle oder Freihandel? Wenn beispielsweise die tschechoslowakischen Agrarier gegen die Einfuhr polnischer Schweine sind, wenn sie den rumänischen, bulgarischen und jugoslawischen Bauern verwehren, einen Teil ihrer Produkte in der Tschechoslowakei abzusetzen, gegen sie hohe Zollbarrieren errichten und sogar die Handelsverträge mit den Staaten der in ihrer internationalen stehenden Bauerngenossen sabotieren — wo bleibt da die gemeinsame Betätigung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder dieser Internationale? Auf alles dies ist der erste Kongreß der grünen Internationale die Antwort schuldig geblieben und auch ein zweiter und dritter wird sie nicht finden. Die Mittel für den Schutz der agrarischen Inter-

essen sind in den einzelnen Ländern eben doch nicht die gleichen, wie dies im allgemeinen bei der international organisierten Arbeiterschaft der Fall ist. Darum hat der Kongress seine wichtigste Aufgabe, die Vorklärung über eine Prinzipienklärung als Grundlage internationalen Handelns, bewußt verabsäumt. Eine solche Prinzipienklärung wollen manche in der „Vorklärung“ Svehlas an den kurz vorher abgehaltenen Parteitag der tschechischen Agrarier erblickt haben, aber erstens war diese Vorklärung im Grunde genommen nichts anderes, als ein Pamphlet gegen die nichtagrarische Bevölkerung, ein als Verstärkung gedachter Aufruf zur Aufzucht agrarischen Hochmut und agrarischen Klassenhaßes und zweitens haben die tschechischen Agrarier diese Vorklärung durch den Mund eines ihrer ersten Führer die Tendenz der Vorklärung bereits ebenso feierlich abgelehnt, wie sie sich auf dem Parteitag und noch vierzehn Tage nachher zu ihr bekannt haben. Wege, Ziele, Aufgaben und Methoden der grünen Internationale, alles ist trotz des mehrtägigen Redestromes, der auf dem Kongress dahinschwamm, im Dunkeln geblieben. Insofern bedeutet die grüne Internationale eine armselige und unzulängliche Nachahmung der sozialistischen Internationale.

Im Einzelnen hat es natürlich weder vor, noch während und nach dem Kongress an Deutungen, Verhimmelungen, Lobpreisungen und Erklärungen des Zweckes und der Bedeutung der grünen Internationale gefehlt. Ein jeder der „prominenten“ agrarischen Führer konnte sich eine Kanone und machte sich selbständig. Daß sich diese phantastischen Erklärungen mitunter in heiterster Weise widersprechen, scheint diesen auf eigene Faust operierenden Interpreten nicht die geringste Sorge zu bereiten. So hat der Erfindungsgeist der tschechischen Agrarpartei am Tage der Eröffnung des Kongresses eine Rundgebung veröffentlicht, in der betont wird, daß der Stand der Landwirtschaft gerade durch seinen Nationalismus, zugleich durch die Erkenntnis der internationalen Ursachen seiner Leiden sich dazu getrieben sehe, gerne und freudig an seine internationale Organisation zu schreiben, während der Führer der deutschen Landwirte, Herr Spina, auf einem am Sonntag in Komotau stattgefundenen Kreisparteitag des Bundes der Landwirte sowohl bei seiner Partei wie bei der Partei der tschechischen Agrarier nicht den Nationalismus, sondern ihre „Solidarität“ und den „Gedanken der Annäherung und Zusammenarbeit der Völker“ als treibende Kraft bezeichnete. Die Rundgebung der tschechischen Agrarier versichert ausdrücklich, daß der landwirtschaftliche Stand „in allen Nationen das internationalste Element“ sei und daß „nichts in der Welt imstande ist, diese Denkweise zu ändern“, auf dem Kongresse aber hielt der Präsident der französischen Bauernpartei Fleurant Agricola eine Rede, in der er beteuerte — die Kinder hören es gerne — daß der Nationalismus dem Landwirt in aller Welt eigentlich gar nichts bedeutet und daß: „Wenn wir Bauern zu reden hätten, dann wäre die Formel für die Verständigung schon längst gefunden“, was er leicht sagen

konnte, ohne befürchten zu müssen, beim Worte genommen zu werden, denn die französische Bauernpartei ist vorläufig ein sehr artiges Pflänzchen, ein Parteilchen, die in Frankreich seinerlei politischen Einfluß besitzt. Da der Herr Präsident schon einmal beim Ausscheiden war — denn bei uns, wo tschechische und deutsche Agrarier seit bald drei Jahren in der Regierung bestimmenden Einfluß ausüben, ist bis auf die von ihnen gemeinsam unternommenen Beutezüge, in punkto Völkerverhöhnung noch nicht das geringste geschehen! — so sagte er auch gleich „daß nur der Bauer sein Volk wahrhaft schützen kann und daß nur der Bauer sein Volk natürlich liebt“. Was man bei den Besitzbauern jeden Tag beobachten kann und wozu sich insbesondere während des Krieges ausreichend Gelegenheit bot.

Haben die agrarischen Internationalisten aber auch die Verkündigung der Ideologie des internationalen Agrarismus und die Markierung

**Böhmische Landesvertretung.**

(Fortsetzung von Seite 1.)

Diese Entscheidung wurde von den Regierungsparteien mit Handelskassen, von den Kommunisten mit einer schüchternen Unwissenskundgebung aufgenommen. Der Antrag selbst wurde im Sinne des Referenten des Landesausschusses der Gesundheit- und Budgetkommission zugewiesen. In der Debatte sprach Genosse Deitler, welcher die Unzulänglichkeit unserer Krankenanstalten überhaupt bespricht und im besonderen die vollständige unzureichende Belagsmöglichkeit für Geisteskranken kritisiert. Vor zwei Jahren noch mußte das Land Böhmen von allen Verpflegungskosten, welche für Geisteskranken gezahlt wurden, zirka 30 Prozent an deutschösterreichische Irrenanstalten bezahlen. Dies ist wohl der deutlichste Beweis, daß das Land Böhmen von jeher zu wenig für die Errichtung von Irrenanstalten gesorgt hat. In den letzten zwei Jahren ist eine nennenswerte Besserung nicht eingetreten. Es wurde seither mit dem Bau einer einzigen neuen Anstalt, u. zw. in Deutschbrod, begonnen. In Böhmen bestehen derzeit vier tschechische und eine einzige deutsche Irrenanstalt (in Kostenblatt, eine Anstalt, die aber nicht ausschließlich der Irrenpflege dient).

Gerade bei Geisteskranken ist es von großer Bedeutung, ob der Umgang in der Bedienung und Behandlung in der Muttersprache erfolgt oder nicht. Das ganze große Gebiet von West- und Nordwestböhmen ist ohne Irrenanstalt. Zwischen Dobruza bei Pilsen und Pechlowitz besteht keine solche Krankenanstalt. Vor mehreren Jahren wurde in Lichtenstadt Grund angekauft zur Errichtung einer Irrenanstalt. Bis heute ist mit dem Bau nicht begonnen worden. Die heutige hastende Zeit, welche die größten Anforderungen an physischer und psychischer Hinsicht an den Einzelnen stellt, bringt es mit sich, daß diese schreckliche Krankheit immer mehr zunimmt. Das Land Böhmen würde nur eine längst fällige Verpflichtung erfüllen, wenn endlich mit dem Bau der Irrenanstalt in Lichtenstadt begonnen würde.

Der Antrag wurde angenommen.

Eine lebhafteste Wechselrede entwickelte sich beim nächsten Verhandlungspunkt, einem Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Ausarbeitung und Beschluß eines

**neuen Organisationsstatuts und einer neuen Wahlordnung für den Landeskulturrat.**

seiner Wege unterlassen, so sind sie doch erkennbar, nur ist es kein allmenschliches Ideal, zu dem sie führen, wie manche seiner Propheten glauben machen wollen. Am klarsten hat eines der Mitglieder der österreichischen Delegation, ein Herr Winkler, in einem Interview Farbe bekant: „Der sozialistischen Front wird die Front der Arbeit und Ordnung gegenübergestellt, wie sie durch das Bauerntum verkörpert wird.“ Daneben sind es noch andere agrarische Ideale: Stärkung der Front gegen die „parasitären“ Städte, Zusammenfassung der Kräfte zum Sturm auf die politischen und sozialen Erwerbseigenschaften der Arbeiterklasse, welche den Gründern der grünen Internationale vor Augen schwebten.

Das ist aller agrarischen „Philosophie“ kurzer Sinn, den zu verhüllen nicht gelingen soll.

Wilhelm Riecher.

Der Antrag wurde von einer ganzen Reihe sozialistischer, aber auch liberaler Redner unterstützt, während sich die Agrarier beider Nationen und die Gewerbetreibenden bemühten, eine Nichtzuständigkeit der Landesvertretung für diese Frage nachzuweisen und die Zustände im Landeskulturrat in den rosigsten Farben zu schildern. Mit der Wirtschaft der Landwirte im Landeskulturrat setzte sich Genosse Gala auseinander. Er verwies darauf, daß das Subventionbudget der deutschen Sektion des Landeskulturrates auf Grund des Verteilungsschlüssels jährlich 4 Millionen beträgt. Es wäre nur recht und billig, daß bei der Verteilung dieser Mittel hauptsächlich auf die kleinen und mittleren Landwirte Bedacht genommen wird, damit diese durch Anschaffung von modernen Maschinen in die Lage versetzt werden, ihren kleinen Betrieb rationeller zu bearbeiten. In der Praxis aber sieht das dann so aus, daß die Ortsgruppen des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Gärtler im Jahre 1924 bis 25 insgesamt 17.200 K., im Jahre 1925—26 13.544 K., im Jahre 1926—27 13.300 K. und 1927—28 gar nur 650 K. erhielten. In vier Jahren von 16 Millionen zusammen 44.744 K! Daß unter solchen Verhältnissen die deutschen Kleinlandwirte zu einer solchen Körperschaft kein Vertrauen haben können, ist doch klar. Auch können wir uns mit der Methode, wie die Subventionen anzuwenden behandelt werden, nicht einverstanden erklären. Die Gesuche müssen zur Begutachtung den landwirtschaftlichen Bezirksverbänden vorgelegt werden, dann werden sie einem Delegierten des Landeskulturrates zur Befürwortung übergeben. Da die Bezirksverbände von den Landwirten beherrscht werden, werden die Ansuchen nicht vom sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt aus begutachtet. Die Forderung nach einer Neuorganisation des Landeskulturrates ist also vollaufberechtigt.

Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Agrarier und Gewerbetreibenden dem Ausschuss zugewiesen.

Zu dem Antrag Dr. Veleminsky, welcher die Bereitstellung einer Summe von 2.000.000 K im Voranschlag für das Jahr 1930 zur

**Unterstützung der Gemeinden für den schulärztlichen Dienst**

fördert, welcher der Schul-, Gesundheits- und Budgetkommission zugewiesen wurde, spricht Genosse Deutsch.

Sie hebt die Wichtigkeit eines geregelt Gesundheitsdienstes für Schulkinder hervor und bezieht sich eingehend die Erlasse des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur, welche den schulärztlichen Dienst regeln.

Der Schularzt hat den Gesundheitszustand der Kinder zu beobachten, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten einzudämmen; er soll an der körperlichen Erziehung der Schulkinder mitwirken durch Maßnahmen, die er in bezug auf den Turnunterricht anregen kann. Er hat Halbtagsfehler und Gebrechen der Kinder sowie krankhafte Neigungen festzustellen und Anordnungen zum Nutzen der gefährdeten Kinder zu treffen, so kann der Schularzt in hohem Maße vorbeugend wirken. Leider sind die trefflichen Anordnungen der Erlasse in der Praxis kaum durchgeführt, weil die Notlage der Gemeinden der Verwirklichung entgegensteht. Besonders in den kleinen Landgemeinden und Industriorten liegt der schulärztliche Dienst vielfach im argen. Die Annahme des vorliegenden Antrages ist daher notwendig, denn die Einrichtung und der systematische Ausbau des schulärztlichen Dienstes ist mit allen Mitteln zu fördern. Die Errichtung von Schulambulatorien, in dem beispielsweise den Kindern die schadhafte Zähne plombiert werden, Schülerversammlungen, die Verabreichung von Milchrationen, die Bereitstellung eines entsprechenden Bohn- und Wartenraumes für Kinder, welche nicht in ihrem Wohnort die Schule besuchen und erst am Abend nach Hause zurückkommen, wäre anzustreben.

Zu einem zweiten Antrag des Genossen Veleminsky auf

**Neuregelung des Lehrmittelbeitrages und Bibliotheksbeiträge für Volks- und Bürgerschulen,**

bzw. Lehrerbibliotheken sprach Gen. Riller, welcher betonte, daß er schon zur Zeit der Verhandlung über den Voranschlag 1929 auf die ganz unzureichenden Zuwendungen von Seiten des Landes in dieser Hinsicht verwiesen hat. 100 K für eine Schule und 50 K für eine Klasse als Lehrmittelbeitrag ist wohl ein lächerlich niedriger Betrag. Wie soll ein Lehrer mit einer derart niedrigen Dotation den modernen pädagogischen Anforderungen gerecht werden, wenn er nur zum Bild und zur Kreide beim Unterrichte greifen kann? Weder Schüler noch Lehrer sind mit einem derartigen Betriebe zufrieden. Heuchlich verhält es sich mit den Schülerbibliotheken. Dieselben sind zum größten Teil nur auf milde Gaben von Vereinen, Gemeinden und Einzelpersonen angewiesen. Nicht viel besser ist es mit den Bezirks-Lehrer-Bibliotheken bestellt. Mit 200 Kronen jährlich kann man keine Bibliothek instand halten, viel weniger ausgestatten. Davon kommen noch verschiedene Regieausgaben ab und so kommt es, daß diese Einrichtungen der Lehrerschaft keine geistigen Anregungen geben können und fast nur veraltete Werke enthalten. Hier Wandel zu treffen, wäre dringende Notwendigkeit.

Zum Antrag Dr. Krejci auf Ergänzung der Geschäftsordnung für die Landesvertretung, soweit es sich um die Beratung des Voranschlages handelt, wurde ein Ergänzungsantrag des Genossen Dr. Strauß angenommen, der dahin geht, als unterste Grenze für die Beratung des Landesbudgets in der Budgetkommission 48 Stunden und im Plenum der Landesvertretung 30 Stunden festzusetzen. Der Antrag ist gegen eine Durchprüfung des Voranschlages gerichtet und bezweckt, eine eingehende und gründliche Verhandlung des Budgets sicherzustellen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag der Verkehrs- und Angestelltenkommission, in dem empfohlen wird, daß

Verlegt in Berlin, durch Transatlantik Verlag, Berlin.

**Aufrehr im Warenhaus.**

Von Manfred Georg. 39

Im Wagen fuhr der Wagen dann zum Warenhaus The Spring zurück. Es lag dunkel und hoch da. Nur die Ruppel strahlte wie eine Krone über der Stadt. Viktor fuhr mit Jelena in sein Arbeitszimmer hinauf. Sie standen am Fenster.

„Es ist märchenhaft!“ murmelte Viktor vor sich hin. Die riesigen Wolkentraker im Zeitungsviertel ragten, sich von den Dächern aus gegenseitig bestrahlend, wie feinstaubige weiße Rundscheiben aus dem sprühlichtüberfluteten, dunklen Grund der Millionenstadt. Die großen Turmhäuser der Banken und namentlich das der Telefongesellschaft waren von Helligkeit durchscherte, phantastische Mammutgewölbe, die Scheinwerfer der Funktürme und die Fliegerfeuer überzuckten ruhelos den Horizont, und unendlich tief unten, wie winzige Fliegenzüge, krochen noch immer die Autosolennen die schmalen Straßenzüge entlang, die wie feierliche, helle Bänder rings zusammenfloßen.

Auch die italienischen Häuser sind von weitem Märchen und die helle bergige Stadt Algier und die Ruppel von Konstantinopel, erwiderte Jelena und löste die heiße Stirn von der Fenster-scheibe. „Man muß eben immer ganz nahe herangehen. Dann ist alles meist nur bröckeliger Stein und dahinter das Elend. Es ist immer dasselbe. Aber es ist eben immer sehr leicht, an Märchen zu glauben.“

Sie stiegen vom Arbeitszimmer aus auf einer Wendeltreppe noch zwei Stöße höher. Von einem kleinen Balkon umgeben, erhob sich in der bergigen Spitze des „Spring“ ein leerer Fahren-

maß. Es ging ein starker Wind. Sie mußten sich am Geländer festhalten. Viktor deutete hinauf:

„Hier werden wir unsere Fahne aufpflanzen.“

XIII.

Sie waren alle zur Sitzung des Warenhausverbandes gekommen: Carlhill, Goldberg, W. T. Johnson, Gould jr., Higgins, Marley und die anderen. Sie saßen um den riesigen Tisch. Auf jedem Platz stand ein Telefon. Aber selbst wenn einer hätte telefonieren wollen, so hätte er es nicht tun können, denn die Apparate waren abgestellt. Sie hatten vorher nicht viel miteinander gesprochen, aber in der Stille, die über der Versammlung lag, war etwas Gemeinsames. Dieses Gemeinsame war der Fall Brooker.

W. T. Johnson führte den Vorsitz. Er stand schwerfällig auf. Seine Worte tropften langsam. „Meine Herren,“ begann er. „Die Tatsachen, daß ich Sie hier zu einer außerordentlichen Sitzung habe herbeiführen lassen, und daß das Mitglied, das sonst das Präsidium innezuhaben pflegt, fehlt, werden Ihnen in ihrem Zusammenhang schon gesagt haben, wovon gesprochen werden soll. Seit einiger Zeit haben nämlich die Beamten unseres Verbandes, die über das Geschäftsgebaren unserer Mitglieder bezüglich der Aufrechterhaltung unserer Satzungen und Vereinbarungen zu wachen haben, festgestellt müssen, daß unser Verbandsmitglied Mr. Brooker eine große Anzahl Vereinbarungen nicht innehat.“

Als geringsten haben wir einen Vorstoß gegen die Preisvereinbarung der untersten Grenze. Im Warenhaus The Spring und in den gesamten Landesweitstellen wird neuerdings zu Preisen verkauft, die vermutlich zwar immer noch einen Gewinn abwerfen, auf jeden Fall aber niedriger sind als die Mindestpreise, die wir festgesetzt haben. Der Schaden, der uns zugefügt wird, ist um so größer, als es sich nicht um Luxusartikel

handelt, sondern um die hauptsächlichsten Gegenstände des täglichen Bedarfs. Sie sehen die Folgen in New York. Ich habe bei hiesigen Abteilungen Scherproben machen lassen. Das Ergebnis ist einwandfrei. Überall ist ein reizender Käufersturm eingetreten. Im The Spring aber werden täglich mehrmals die Tore geschlossen, weil das Haus überfüllt ist.“

„Die dreidigitale Schmutzfontäne!“ schrie Gould jr. dazwischen, der sich nicht mehr halten konnte.

W. T. Johnson sah den Rufer verteilend an und fuhr fort: „Ich will nicht gleich Schimpfwörter gebrauchen, wie sie Mister Gould junior eben angewendet beliebt, aber ich muß doch sagen, daß ich unserem Mitglied Brooker allerdings domverfen muß, daß er uns unter der größtmöglichen Verletzung seiner Verbandspflichten einen Streich gespielt hat, der nicht als ehrliches Spiel zu bezeichnen ist. Es sind im übrigen noch weitere Klagen eingetroffen. Mister Higgins, Sie haben schriftlich gebeten, sich dazu äußern zu dürfen.“

Higgins, ein annahmlicher, junger Mann mit einer harten und häßlichen Adernase, knallte die Faust auf den Tisch: „Es hat gar keinen Zweck, hier mit diplomatischer Höflichkeit hinter dem Berg zu halten. Sie wissen doch alle, was ich hier sagen will. Sie haben sich bloß alle bisher nicht getraut, es zu sagen. Nicht nur die Käufer wandern ab, sondern unsere besten Angestellten gehen uns flöten. Warum? Weil es Mister Brooker pflichtig eingefallen ist, die tägliche Kündigung abzuschaffen, beziehungsweise denen, die er mit vierzig Jahren wegen beginnender Minderleistung ihrer Leistungen abbaut, vertraglich ein Ruhegehalt zu gewähren, sofern sie nur zehn Jahre bei ihm tätig waren. Mister Brooker kauft teurer ein als wir, und im ganzen Lande bekommt er die besseren Waren. Er ist ein Räuber. Er fischt uns den Gewinn vor der Nase

weg. Er will uns zwingen, unsere Gewinnanteile herabzusetzen; denn nur, wenn wir eben so teuer einkaufen wie er und ebenso billig verkaufen, können wir mit ihm konkurrieren. Aber er kauft in solchen Mengen neuerdings ein, daß ich nicht weiß, wie ich für einen gleichen Verlust — Kredite bekommen soll.“

Er fette sich und wuschte sich den Schweiß von der Stirn. W. T. Johnson sah im Kreis umher.

„Wünscht sonst noch jemand das Wort zur Sache?“

„Ja wohl, ich.“ Marley schellte auf. „Mir ist heute früh ganz Tolles gemeldet worden. Brooker hat im Downtown-Bezirk durch Maueranschläge verbreiten lassen, daß er jeden Tag den Bewohnern von je fünf Häusern des Armenviertels einen Gutschein ausstellen lassen will, der die Inhaber zur freien Abholung von Kleidungsstücken und Lebensmitteln an den auf dem Gutschein bezeichneten Empfangsorten berechtigt. Meine Herren, das ist keine Reklame mehr, das ist ein Kundenfang, der durchaus geeignet ist, uns sämtliche zugrunde zu richten.“

Goldberg, der große Warenhausbesitzer aus Brooklyn drüben, fragte, als Marley schwie, mit seiner schmauchenden, immer etwas traurigen Stimme:

„Wieso glauben Sie, daß das Kundenfang ist? Vielleicht will er wirklich etwas verschicken. Vielleicht ist er verdrückt geworden.“

„Unsinn!“ widersprach Marley. „Es kann vorkommen, daß einer verdrückt wird und seine Dollarscheine in alle Winde bläst, aber dieser Brooker nimmt sich doch keine Kundenfang planmäßig vor. Haben sie erst einmal irgendwas etwas geschenkt bekommen, so gehen sie dort auch schon aus Dankbarkeit kaufen. Der Böbel ist ja so dankbar.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Löhne der Bezirksstrafenmeister

den Löhnen der staatlichen Strafenmeister ange-
sichtigt werden. Die Bezirksvertretungen werden
aufgefordert, längstens binnen drei Monaten
darüber zu berichten, wie diese Frage geregelt
wurde. Hierbei ereignete sich nun der merkwür-
dige Fall, daß der Referent, Landesausfüh-
rer Erba, gegen den Antrag der bei-
den Kommissionen sprach. Das rief eine
lebhaft Auseinandersetzung hervor, wobei sich
die sozialistischen Parteien ganz energisch gegen
eine solche Vorgangsweise wandten. Von unse-
rer Fraktion kam Genossin Schaffer zu Wort,
die u. a. sagte:

Viele unserer Bezirksstrafen sind in
einem Zustande, daß man bei Regenwetter im
Stoß erkranken kann. Gerade in diesen Bezirken,
wo die Arbeit des Strafenmeisters eine gewalt-
tätige ist, muß er oft selbst Steine und
Schutt herbeischaffen, um die ärgsten
Stellen der Strafen passierbar zu machen. Und
doch ist die Bezahlung die schlechteste.
Wenn heute noch Menschen mit 100 und 200 K
Monat „entlohnt“ werden, so kann man sich
nicht vorstellen, wie sie davon leben sollen.
Dazu kommt, daß nach der Zusammenlegung
der Bezirke nach der Verwaltungsreform in
einem Bezirke die Strafenwärter oft dreier-
lei Bezahlung erhalten. Das allein schreit
wohl nach einer einheitlichen Regelung der Be-
züge. Wenn man die Auswirkung dieser Rege-
lung betrachtet und findet, daß selbst in die
erste Gehaltsstufe Eingereihte nur einen Tages-
verdienst von 10,25 oder nach 25 Jahren von
22,56 K haben können, so muß sich jeder mensch-
lich Fühlende sagen, daß das wohl das Existenz-
minimum darstellt. Dabei ist in dem Antrag
Sereru ein Irrtum unterlaufen, denn die
100prozentige Teuerungszulage besteht nicht
mehr, es wird nur mehr eine 50prozentige ge-
geben. Mit der Regelung der Gehaltsfrage wird
wohl auch die Frage der Einteilung der Strafen-
strecken Hand in Hand gehen und ich möchte da
heute schon aufmerksam machen, daß das nicht
nach einem Schema gemacht werden kann, son-
dern daß bei der Zuteilung berücksichtigt werden
muß die Strafenbreite, die Frequenz der betref-
fenden Strafe u. s. w. Wir verlangen, daß alle
diese Fragen nicht ohne Zuziehung der zu-
ständigen Vertreter der Angestellten
in den Bezirken geregelt werden.

Bei einer gerechten Strafenstreckenein-
teilung wird es wohl auch möglich sein, die heute
nicht vollbeschäftigten Strafenwärter voll zu be-
schäftigen und damit einen Zustand zu beseiti-
gen, der sowohl für die Angestellten als auch für
die Ordnung auf den Straßen von Vorteil ist.
Wir erwarten, daß die Bezirksvertretungen die
Empfehlung der Landesvertretung, wie sie in
dem vorliegenden Antrag beinhaltet ist, in
weitestgehendem Sinne für die Angestellten be-
herzigen.

Bei der Abstimmung erhielten nun die
Agrarier die zweite Niederlage an die-
sem Tage, indem der agrarische Antrag, dessen
Sinn dahin ging, die Sache aufzuschieben, mit
44 zu 42 Stimmen abgelehnt wurde. Mit
demselben Stimmenverhältnis wurde dann der
Antrag der beiden Kommissionen zum Beschluß
erhoben.

Nächste Sitzung heute um 9 Uhr früh.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Feiertagsnovelle im Ausschuss angenommen.

Prag, 28. Mai. Im Abgeordnetenhaus trat
heute wieder die Wohnungsosmiela zu-
sammen. Sie verhandelte nach einem offiziellen
Kommissariat über die Prinzipien, denen zufolge
der Staat gegen jene Hausbesitzer Regere
übernehmen würde, für deren Bauten gemäß den Bau-
förderungsgesetzen aus den Jahren 1919 bis
1924 eine finanzielle Unterstützung erteilt wurde.
Die Verhandlungen werden Ende der Woche fort-
gesetzt werden. Nach einer Meldung der „Ná-
rodní Politika“ rechnet man in Koalitionskreisen
angeblich immer noch mit der Möglichkeit, noch
vor den Ferien zu einer definitiven (?) Regelung
der Mieterfrage zu kommen; andernfalls
werde man sich mit einem Provisorium be-
gnügen, für das sich namentlich die Merkaten
einsetzen sollen.

Gleichzeitig tagte das Subkomité des Ge-
sundheitsausschusses, das die Anträge und Ein-
wendungen der Ärzteorganisationen und der
medizinischen Fakultäten zu den vorbereiteten
Entwürfen über die Ärztekammern und über
die Regelung der ärztlichen Praxis einer Prü-
fung unterziehen soll.
Im Verfassungsausschuss wurde die schon
vor geraumer Zeit eingebrachte Feiertags-
novelle, die die Doppelfeiertage zu Weihnach-
ten, Ostern und Pfingsten wieder herstellen soll,
unverändert angenommen. Die Forderung der
evangelischen Kirche in der Slowakei, die auch
den Karfreitag zum Feiertag erklären wollte
und die so die Behandlung der ganzen Vorlage
und die so die Behandlung der ganzen Vorlage
empfindlich verzögerte, ist fallen gelassen worden.
Dann wurde noch ein alter Ladenhüter ausgegrä-
ben, nämlich die Regierungsvorlage, durch die
die Verleihung von tschechoslowakischen Orden
und Ehrenzeichen auch an Inländer ermög-
licht werden soll. Nach einer längeren General-
debatte, in der die Opposition scharf gegen diese
schon längst überflüssige und undemokratische Vorlage
vorging, wurde die Sitzung geschlossen und die
nächste Sitzung auf Mittwoch, den 5. Juni an-
gesetzt.

256 gegen 138 in Magdeburg.

Anträge auf Austritt aus der Koalition abgelehnt. — Wehrdebatte.

Magdeburg, 28. Mai. (Eigenbericht.)
Mit 256 gegen 138 Stimmen hat der Parteitag
alle Anträge durch Übergang zur Tagesordnung
erledigt, die auf einen Austritt aus der Regie-
rungskoalition hinführen. Das gilt vor allem für
die Anträge zur Frage der zweiten Rate des
Panzerkreuzerbaues. Die Partei hat die Minister
also nicht festgelegt, dagegen zu stimmen. Der
Parteitag will nicht, daß diese Frage zum Anlaß
einer Regierungskrise genommen werde. Der
Antrag Müller hat durch eine klare und ruhige
Rede diese politische Linie bestimmt. Die Redner
der Opposition, Kleihner, Rosenfeld und
Künstler, konnten die Mehrheit nicht erschüt-
tern. Die Aussprache ist allgemein in einem
sehr kameradschaftlichen Ton geführt worden. Der
Referent Vogel brachte in seinem Schlusswort
einige recht unklameradschaftliche Ausfälle von
Parteilägern vor.

Am Nachmittag leitete Dittmann die
Aussprache über die Wehrfrage ein. Er be-
richtete, erläuterte und bekräftigte die Vorlage
des Wehrprogramms. Aus geschichtlichen Rück-
sichten erwächst die Entwicklung der sozialdemo-
kratischen Wehrpolitik. Die Abrüstung muß nicht

nur die Deere, sondern auch den Kriegsgeld um-
fassen.

Gleich nach Dittmanns Rede stiegen in einer
Geschäftsordnungsdebatte die Gegner des Wehr-
programms vor. Sie forderten ein Kor-
referat. Die große Mehrheit des Parteitages
lehnte dies jedoch ab, schon aus dem Grund, weil
die Minderheit keine einheitliche Auffassung hat
und man deshalb eigentlich mehrere Korreferate
halten müßte. Paul Lebn liefert dem Partei-
tag ein rhetorisches Meisterwerk. Spannung und
Ruhe liegt auf der ganzen Versammlung; man
bewundert die scharfe Dialektik, achtet den revo-
lutionären Eifer. Lebn bewegt sich auf ganz
anderem Boden als Dittmann. Er ist weit von
grundtätigem Pazifismus entfernt. Er lehnt ein
Programm ab, das auf die bestimmte politische
Situation des Verfallers Vertrages eingestuft sei.
Die Minderheit dankt durch lauten Beifall, die
Mehrheit schweigt. Sie hat einen glänzenden
Redner achtungsvoll angehört, ihre Politik aber
nicht ändern lassen.

Kurz vor sieben Uhr abends werden die Be-
ratungen auf morgen früh neun Uhr vertagt.

Ein Fortschritt im Schulwesen.

Gesamtchülerzahl an Bürgerschulen von 90 auf 60 herabgesetzt. — Keine Sperrung einjähriger Lehrkurse an Bürgerschulen. — Gemeinsamer Erfolg der sozialistischen Parteien in der böhmischen Landesvertretung.

Die deutschen und tschechischen Sozialdemo-
kraten, die tschechischen Nationalsozialisten und
die Kommunisten haben in der böhmischen Lan-
desvertretung einen Antrag eingebracht, wonach
an Volksschulen keine Klassenstufen mehr vor-
genommen werden sollen, sobald die zu-
sammengesetzte Klasse 50 Schüler haben würde.
Dieser Antrag wurde auch von den tschechischen
Merkaten unterstützt.

Ferner beantragten sie, daß die Mindest-
chülerzahl an Bürgerschulen von 90 auf
60 herabgesetzt wird und daß Zusammen-
ziehungen von Anaben- und Mädchenbürgerschulen
nicht mehr erfolgen sollen. Ebenso
sollen einjährige Lehrkurse an Bürgerschulen
unter allen Umständen aufrecht-
erhalten werden.

In der gestrigen Sitzung der Landesver-
tretung entspann sich über diese gemeinsamen
Anträge eine rege Debatte, an der sich fast sämt-
liche Parteien — die Landbündler ausgenommen —
beteiligten. Der Antrag der sozialistischen
Parteien wurde auch tatsächlich angenommen.
Für unsere Fraktion sprach der Antragsteller
Genosse Illner, welcher u. a. ausführte:

60 Jahre nach Erlassung des Reichsvolk-
schulgesetzes macht unsere Bürgerschule eine
schwere Krise durch. Und wenn wir an das große
Sterben der deutschen Volksschulklassen nach dem
Kriege zurückdenken, so droht dem Bürgerschul-
wesen ähnliches, wenn wir nicht rechtzeitig Ein-
halt tun.

23,5 Prozent der gesamten bestehenden
Bürgerschulklassen (tschechische wie deutsche)
weisen eine Schülerzahl von unter 30 auf.
Diese würden unarmherzig verloren gehen.

Es ist daher notwendig, weil es jetzt schon Bü-
rgerschulen mit unter 30 Kindern gibt, daß wir
diese Bürgerschulen retten. Am zweckmäßigsten
wäre allerdings ein eigenes Bürgerschulgesetz für
die nächsten sechs Jahre — leider besteht hierzu
keine Hoffnung auf Verwirklichung dieses Ge-
dankens. Nicht unerwähnt sollen die einjährigen
Lehrkurse an den Bürgerschulen bleiben. Diese
Kurse müssen erhalten werden, und deshalb auch
der sozialdemokratische Antrag auf Nichtauf-
lassung dieser so dringend notwendigen Einrich-

tung. Juristisch betrachtet, besteht durchaus keine
Notwendigkeit, Klassen und Schulen zu sperren.
Der Vorsitzende des Landesschulrates ist wohl
berechtigt, schwach besetzte Klassen zu sperren
und zusammenzulegen aber nicht verpflich-
tet. Und nachdem die Landesbehörde Schul-
erhalter und Schullehrer ist, so liegt also das
Wohl und Wehe der Bürgerschulen mehr oder
weniger in unserer Hand und bitte daher für die
eingebrachten Anträge zu stimmen.

Diese Anträge haben für das deutsche Bür-
gerschulwesen eine weitgehende Bedeutung. In
den nächsten Jahren werden sich die Folgen der
Kriegs- und Nachkriegsjahre in den Schulen be-
merkbar machen. Statistisch kann man nach-
weisen, daß 24 Prozent der Bürgerschulen auf
Grund der jetzt bestehenden gesetzlichen Bestim-
mungen der Auflösung verfallen würden.

Durch die Verwirklichung der sozialistischen
Anträge würde der Bevölkerung diese wich-
tigste aller Schulklassen in ungehämtertem
Ausmaße erhalten, was für die Arbeiterschaft
von nicht hoch genug einzuschätzender
Bedeutung ist.

Auch das darf nicht übersehen werden, daß durch
die Erhaltung der Schulen auch eine große Zahl
von Lehrern vor dem Abbau bewahrt bleibt.

Aus Erparungsgründen hat sich in den letz-
ten Jahren der Brauch der Verwaltungsbehör-
den eingebürgert, Anaben- und Mädchenschulen
zusammenzulegen. Diese Maßnahme hat sich, wie
die Erfahrung gezeigt hat, in pädagogischer Hin-
sicht nicht bewährt. Deshalb ist die Annahme des
Antrages, welcher diesen Vereinigungen ein
Ende bereitet, zu begrüßen.

Die Erhaltung der einjährigen Lehrkurse an
Bürgerschulen bedeutet ebenfalls die Sicherung
der Fortbildungsmöglichkeit für eine große Zahl
von Kindern. Diese Kurse haben im Laufe der
Zeit eine ständig wachsende Bedeutung erlangt,
so daß ihre Gefährdung durch eine Praxis der
Behörden, welche sich streng an das Gemein-
dehaushaltsgesetz hält, von den Betroffenen schwer
empfohlen wurde. Durch den Beschluß der Lan-
desvertretung ist den Aufstellungen ein Niegel
vorgeschoben worden.

Die Ärztegesetze.

Man braucht nur das Verzeichnis der Vor-
schriften anzusehen, die durch die neuen Gesetze
über die ärztliche Praxis und die Ärztekammern
aufgehoben werden sollen, ein Verzeichnis, das
mit dem Hauptgesundheitsnormativ vom 2. Jän-
ner 1770 beginnt, um zu erkennen, daß nicht erst
seit heute das Bedürfnis besteht, die Probleme des
Arztberufes legislativ zu regeln. Auch das
Gesetz über die Ärztekammern, das nun novel-
liert werden soll, stammt aus dem Jahre 1891,
ist also rechtlich reformbedürftig, um so mehr, als
in der Slowakei und in Karpathenland Ärz-
tekammern bisher überhaupt nicht bestanden. Man
könnte also das Erwachen des Gesundheitsmini-
steriums aus seinem langjährigen Schlaf begrü-
ßen, wenn die beiden Vorlagen, die nunmehr zur
Beratung stehen, dem löblichen Eifer entspringen
wären, alte Verhältnisse gutzumachen. Aber
das ist leider nicht der Fall, die Ursache der Ein-
bringung der beiden Vorlagen ist vielmehr eine
andere. Die parlamentarische Maschinerie hat sich
tot gelaufen, die Koalition vermag die brennend-
sten Probleme nicht einmal zu einer Scheinlösung
zu bringen und so wurden denn die Ärztevor-
lagen, die politisch wenig umstritten scheinen, als
Ladenhüter herangezogen, um der Bevölkerung
parlamentarisches Leben vorzutäuschen. Danach
sind sie auch ausgefallen.

Die Einrichtung von Ärztekammern könnte
zweifellos außerordentlich nützlich sein, wenn da-
durch ein sachlich qualifiziertes Organ geschaffen

würde, das berufen ist, in allen Fragen der öffent-
lichen Gesundheitspflege und der sozialen Hygiene
mit Rat und Tat mitzuwirken. Aber daran denkt
der Entwurf nicht, sondern er macht aus den
Arztekammern eine bloße Ständevertretung,
deren Hauptaufgabe der Schutz der „Standeschre“
ist. Charakteristischer Weise nehmen auch in dem
Gesetzentwurf über die Ärztekammern die Be-
stimmungen über das Disziplinarverfahren den
weitesten Raum ein, der ganze Entwurf aber ist
überhaupt nichts anderes als eine Regelung der
formalen Organisation der Ärztekammern.
Ebenso enthält der Gesetzentwurf über die ärzt-
liche Praxis vor allem Bestimmungen über die
formalen Erfordernisse für die Ausübung des
ärztlichen Berufes. Der Motivenbericht sagt auch
ganz ausdrücklich, daß der Staat ebenso wie er
nicht jedem Bürger unter allen Umständen den
Unterhalt gewährleisten, sondern sich nur darum
kümmern könne, daß die Bürger sich ihn zu be-
schaffen vermögen, seine Pflicht gegenüber den
kranken Bürgern vollst. erfüllt, wenn er sich um
die Möglichkeit kümmere, daß sie sich Heilbehand-
lung verschaffen können. Der unausgesprochene
Nachsatz zu diesen Darlegungen lautet natürlich:
Für den Fall, daß sie sie bezahlen können.

Was aber die Organisationsfragen anbe-
langt, so ist es selbstverständlich, daß in der
Tschechoslowakei unter der Herrschaft des Bürger-
blocks von Autonomie auch bei den Ärztekam-
mern keine Rede sein kann und daß die bürokrati-
sche Bevormundung auch hier ihre Blüten treibt.
Es werden daher auch die Ärztekammern einer

Korbflechter in der Glasindustrie Achtung!

Bei der Firma S. Fischmann in Tepitz
bestehen Lohnunterschiede, die zu einem Streik
führten. Die Arbeiterschaft hat Montag die Arbeit
eingestellt. Anfragen wegen Arbeit sind zu unter-
lassen. Zugang ist fernzuhalten!

Aufsichtsbehörde unterworfen, welche die Durch-
führung ihrer Beschlüsse verbieten, die Kammer-
vertretung auflösen kann, im Falle der Auflö-
sung aber keineswegs verbunden ist, sogleich
Neuwahlen anzuordnen, sondern lediglich binnen
drei Monaten die Vorbereitung zur Wahl treffen
muß. Die Wahlordnung soll von der Regierung
erlassen werden, wobei im Besonderen nicht ein-
mal die bestehenden Sicherungen für ein ge-
rechtes Wahlrecht und ein einwandfreies Wahl-
verfahren vorgegeben sind, ja nicht einmal der
selbstverständliche Grundsatz des Proportional-
wahlsystems ist aufgenommen. Um so weniger ist
natürlich unter der Ministerschaft Spinas und
Mahr-Barings von nationaler Autonomie die
Rede, die Kammerprärogative entsprechen, der famo-
sen Verwaltungsreform getreu, den Ländern und
nicht einmal die nationale Zersplitterung der
Kammern ist beabsichtigt.

Da sich der Entwurf so eingehend mit dem
Disziplinarverfahren beschäftigt, steht es schon da-
für, festzustellen, daß auch hier die Reaktion ge-
nügenden Spielraum gefunden hat. Die Amts-
ärzte werden nunmehr den Kammer angegliedert,
aber sie unterliegen nicht ihrer Disziplinar-
gewalt, auch nicht bei der Ausübung einer priva-
ten Praxis. Daß die Aussprüche des Disziplinar-
rates — der natürlich „Ehrenrat“ heißen muß —,
also eines Gerichtshofes, der nur aus Stände-
genossen des Beschuldigten besteht, einer Ueber-
prüfung unterliegen sollen, ist begreiflich, un-
begreiflich ist es aber, daß die zweite Instanz, der
diese Ueberprüfung zusteht, kein Gericht, sondern
eine Verwaltungsbehörde ist. Denn auch im Diszi-
plinarverfahren wird Recht gesprochen, nicht Ver-
waltung geübt.

Wo aber die Entwürfe über das Gebiet der
rein formalen Regelung hinausgehen, stoßen sie
auf heftigen Widerspruch, teils bei den Ärzten
selbst, teils bei der Bevölkerung. Strittig ist hier
vor allem die Frage des Arztarbeits, wo es
notwendig sein wird, das Interesse der Bevölke-
rung, zu erschwüngen Kosten Heilbehandlung
zu erlangen und gegen Ausbeutung geschützt zu
werden und den Anspruch der Ärzte auf ange-
messene Honorierung ihrer Arbeit miteinander in
Einklang zu bringen.

Die größte Aufmerksamkeit und daher auch
den heftigsten Widerspruch haben die Bestim-
mungen über die sogenannte „Mobilisierung“ der
Ärzte ausgelöst. Die Bezeichnung Mobilisierung,
die in der Vorlage selbst übrigens nicht vor-
kommt, ist allerdings insofern irreführend, als
es sich nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfes
eigentlich nicht um den Kriegszustand handelt.
Es kann natürlich nicht der mindeste Zweifel dar-
über bestehen, daß diese Bestimmungen im gege-
benen Fall dazu dienen sollen, die Ärzte in den
Dienst des Militarismus zu stellen, aber prin-
zipiell handelt es sich allgemein darum, daß der
Staat berechtigt ist, bei allen massenhaften Ge-
sundheitsstörungen, vor allem also bei Epidemien,
auch die Privatärzte zu den Aufgaben der öffent-
lichen Gesundheitspflege heranzuziehen. Ein Ge-
danke, der an sich begrüßenswert ist, der aber
wegen der Art seiner Durchführung scharfe Kri-
tik herausfordert. So allem ist die Bestimmung,
wenn sie nicht wirklich nur Kriegsvorbereitung
sein soll, überhaupt nur notwendig, weil der Staat
selbst nicht über genügend ärztliche Kräfte ver-
fügt, um auf die Zwangsmobilisierung von Pri-
vatärzten verzichten zu können. Zweitens würde
es wahrscheinlich vollkommen hinreichen, daß der
Staat den Epidemikärzten eine anständige Bezah-
lung in Aussicht stellt, um herbeizuführen, daß
mehr als die notwendige Anzahl von Ärzten sich
freiwillig melden, nicht aber Zwang geübt werden
muß, der immer die Gefahr des Mißbrauches
zum Schaden mißliebiger Personen in sich birgt.
Wenn man aber schon Ärzte zwangsweise mobi-
lisieren will, so ist nicht einzusehen, warum man
nicht wenigstens hier die Autonomie der Ärz-
tekammern respektiert und vor allem ist es ganz
unverständlich, warum der Staat den Ärzten,
denen er zuzumutet, daß sie in seinem Dienst ihr
Leben wagen, im Falle der Erwerbsunfähigkeit,
bezo. ihren Hinterbliebenen im Falle des Todes,
eine so fäkalische Versorgung in Aussicht stellt,
wie es die Vorlage über die Ausübung der ärzt-
lichen Praxis tut. Die einzige Antwort auf diese
Frage ist die, daß der Staat auch jenen Ärzten,
die unmittelbar in keinem Dienste stehen, ganz
einfach bezahlt.

Das Gesundheitsministerium hat also nach
jahrelanger Untätigkeit auch bei diesen Vorlagen
nichts für die Förderung der allgemeinen Ge-
sundheit, nichts zur Bekämpfung von Seuchen
und Volkskrankheiten getan, wohl aber ein Ar-
beit in die Welt gesetzt, das weder die Ärzte
befriedigt, noch der Bevölkerung irgend etwas
bringt.

Der Senat

wurde für Dienstag, den 4. Juni um vier Uhr
nachmittags zu einer Plenarsitzung einberufen.
Eine halbe Stunde vorher findet eine Konferenz
des Senatspräsidiums und der Klub-
obmänner statt. Für drei Uhr desselben
Tages ist der Kommunitätsausschuss ein-
berufen.

# Tagesneuigkeiten.

## Grubenexplosion in Pennsylvania.

### Neun Tote.

Virginia, 28. Mai. Auf dem Kohlenbergwerk „Holande“ in Conneloville (Pennsylvania) erfolgte eine Explosion, durch die eine größere Anzahl Bergleute verschüttet wurde. Vier Bergleute wurden lebend und neun tot geborgen. Die Ursache der Explosion ist nach Aussage der Bergwerksinspektoren darin zu suchen, daß beim Sprengen eine zu starke Dynamitladung verwendet wurde.

## Von abstürzenden Kohlenmassen erschlagen.

Beuthen, 28. Mai. Auf der „Beuthen-Grube“ berunglückten ein Hüller und ein Lehrhauer beim Feuerabbau. Sie wurden von abstürzenden Kohlenmassen erschlagen.

## Eine Komtesse als Juweliendiebin.

### Großer Gesellschaftskandal in Berlin.

Berlin, 28. Mai. In einem Luxushotel des Berliner Westens ist Montag nachmittag die 24-jährige Baroness von Monroch unter dem dringenden Verdacht, Juwelen im Werte von mehr als 100.000 Mark gestohlen zu haben, verhaftet worden. Auf dem Polizeipräsidium hat die Baroness ein umfassendes Geständnis abgelegt. Bei dieser Affäre, die besonders durch das Milieu, wo sie sich abspielt, Aufsehen erregt, handelt es sich um fortgeschrittene Juweliendiebstähle, die im Dezember v. J. im vornehmen Berliner Westen in dem Hause der Gräfin von Hermersdorf, bei der sich Baroness von Monroch damals zu Besuch befand, verübt wurden. Die Diebstähle wurden tagsüber in den Gemächern der Gräfin mit größter Dreistigkeit ausgeführt. Die Festnahme der Baroness hat allgemeines Aufsehen erregt. Die Vernehmungen mußten vorläufig abgebrochen werden, weil die Baroness einen Nervenzusammenbruch erlitten hat. Ihre Tat ist daraus zu erklären, daß sie das volle Vertrauen der Gräfin Hermersberg, ihrer Tante, genoß und über die Aufbewahrung der Juwelen genau unterrichtet war. An dem verhängnisvollen Abend benutzte sie die Abwesenheit ihrer Mutter und ihrer Tante, um sich des Schmuckes zu bemächtigen. Wo sie die Kassetten die ganzen Monate hindurch verborgen gehalten hat, ist noch nicht geklärt. Mitte dieses Monats kam es zwischen der Mutter und Tochter zu einem Streit, der damit endete, daß die Tochter das Haus verließ. Zum Schein nahm sie für kurze Zeit eine Stellung als Stenotypistin bei einem Rechtsanwalt an, gab den Posten aber bald wieder auf. Einige der Juwelen brachte sie dann zu einem kleinen Bankier, um sie verleihen zu lassen. Der Bankier gab ihr ein kleines Darlehen und bedang sich aus, die Schmuckstücke, die ältere Fassung hatten, zur Umarbeitung nach Hannover schicken zu dürfen. In Frage kamen dabei ein Brillantkollier und ein Schmuckrussischer Herkunft. Die Berliner Kriminalpolizei hat sich sofort mit Hannover in Verbindung gesetzt, um die Juwelen beschlagnahmen zu lassen. Ermittelt ist ferner, daß eine kostbare Perlenschmuck nur nach Wien weitergegeben worden ist.

Berlin, 28. Mai. Im Grunewald wurde heute früh die Leiche des 43 Jahre alten Mittelmeisters a. D. Fröh von Wedel gefunden. Mittelmeister von Wedel, der mit der wegen des Juweliendiebstahls bei der Gräfin Hermersberg verhafteten Baroness von Monroch verlobt war, hatte sich durch einen Schuß ins Herz getötet.

## Die Waldau-Zigeuner vor Gericht.

Kaschau, 28. Mai. Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung mit den Waldauzigeunern wurde zunächst das Protokoll über das Ergebnis der öffentlichen Untersuchungskommission verlesen, die in Stoschowitz, um am Tatort die Umstände bei der Ermordung Julings festzustellen. Die Angeklagten Grula und Trintauer führten die Kommission bis ungefähr 10 Meter von der Stelle, wo der Mord geschah. Nach ihnen ging der taubstumme Adalbert Nybar ebendort hin und deutete die Einzelheiten in gleicher Weise an, wie sie die Anklage schildert. Außer den drei Genannten hat sich keiner der Angeklagten zu der Tat bekannt.

Zoborn wurde das Verhör der Angeklagten in Anwesenheit der Ermordung des Studenten Onděčka aus Breslau fortgesetzt. Trintauer und Grula überweisen den Täter. Professor Dr. Lurel stellt den Antrag, daß drei Zeugen des Gefangenentränkenhauses in Lozice verhört werden, die ein Gespräch Rudolf Nybars mit Paul Nybar bezeugen, in welchem Rudolf Nybar den Paul hat, ihn nicht zu verraten, daß er Onděčka die Uhr geraubt habe. Paul Nybar verspricht, ihn nicht zu verraten. Die vorgeschriebenen Zeugen bestätigten diese Tatsache, beide Nybars jedoch stellen dies in Abrede.

## Kampf mit chinesischen Piraten.

London, 27. Mai. (Reuter.) „Times“ melden aus Schanahai, daß unweit der Mündung des Yangtschiflusses ein blutiger Kampf zwischen Regierungstruppen und Piraten stattgefunden hat. Nach zweistündigen hartnäckigen Kämpfen regten die Regierungstruppen. Zwanzig Piratenschiffe wurden versenkt, tausend Piraten wurden getötet oder ertrunken, 250 wurden gefangen genommen. Die Regierungsabteilungen erbeuteten zwitausend Gewehre und eine Menge Munition.

# Chronik Jakobowksi.

## Zur Wiederaufrollung des Pälinger Kindermordes.

Am 15. Februar 1926 wurde der polnische Landarbeiter Josef Jakobowksi im Hof der Landesstrafanstalt Strelitz hingerichtet. Jakobowksi war vom Schwurgericht Neu-Strelitz zum Tode verurteilt worden, da man ihn für überführt hielt, am 9. November 1924 auf dem Heideplatzen in Pälingen das dreijährige Kind Ewald Rogens erdrosselt zu haben. Ein Schrei der Empörung ging durch die Öffentlichkeit, als man die näheren Umstände erfuhr, unter denen dieses Urteil und seine Vollstreckung zustande gekommen waren. Es zeigte sich, daß das gerichtliche Urteil jeglicher soliden Fundierung entbehrte. Vage Vermutungen hatten die Richter als sichere Beweise angeführt; Kombinationen waren in Tatsachen umgewandelt worden. Bevor der Scharfrichter seines Amtes walten konnte, hatte der Verteidiger Jakobowksi neben einem Revisionsantrage an das Reichsgericht — der verworfen wurde — mehrere Wiederaufnahmegesuche eingereicht, aber ebenfalls ohne Erfolg.

Dabei fällt auf, daß über diese Gesuche immer wieder der Landesgerichtspräsident von Buchla zu befinden hatte, derselbe Richter, der den Prozeß gegen Jakobowksi geleitet hatte. Außerdem hatte der Verteidiger beantragt, die Arbeiter Paul Kreuzfeldt und Heinrich Bäder, die durch nachträgliche Aussagen Jakobowskis schwer belastet waren, unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft an dem Kindesmord zu verhaften. Auch dieser Antrag wurde von Oberstaatsanwalt Müller — dem Anklagevertreter im vorausgegangenen Prozeß! — mit der nichtsagenden Begründung abgelehnt, daß nach den angestellten Ermittlungen keine Rede davon sein könne, daß die Genannten mit der Ermordung des Ewald Rogens etwas zu tun haben.

Selbst der Mecklenburg-Strelitzer Justizminister Hüstädt — ein Demokrat — verschloß sich den schweren Bedenken gegen das Urteil und trat für die Ablehnung des Begnadigungsgesuches ein. So konnte die Hinrichtung Jakobowskis erfolgen.

Seither wurde die Wiederaufrollung des Falles durch eine Reihe von Publikationen energisch weiterbetrieben. Die Staatsregierung von Mecklenburg-Strelitz sah sich schließlich gezwungen, an den damaligen Reichsjustizminister Bergert das Ersuchen zu richten, bei namhaften Juristen Gutachten über den Pälinger Fall einzuziehen. Bergert beauftragte den ehemaligen sächsischen Minister Bäniger, einen Volksparteiler, mit der Prüfung der Angelegenheit. Auf Grund dieses Gutachtens und der darauf folgenden Ermittlungen des Berliner Kriminalrates Gennat, wurden eine ganze Reihe von Mitbewohnern des Pälinger Heideplatzen, nämlich: Fröh und August Rogens, Frau Käbler-Rogens, Heinrich Bäder und Luise Kreuzfeldt — verhaftet. Sie werden sich in dem am Dienstag in Neustrelitz beginnenden neuen Prozeß unter der Anklage der Mittäterschaft an der Tötung des Ewald Rogens bzw. unter der Beschuldigung des Meineides zu verantworten haben.

Wie auch das Urteil des Gerichtes über die individuelle Schuldfrage ausfallen mag, — unerlässlich zur gerechten Gesamturteilung des Falles Jakobowksi bleibt das Milieu, in dem die Tat sich abgespielt hat. Das Dorf Pälinger gehört zu dem Kreis Rostock, der eine mecklenburg-strelitzische Exklave darstellt. Der Heideplatzen des Dorfes, das frühere Armenhaus, beerbergte 1923 und 1924 die Familie des alten Arbeiter Kreuzfeldt, ferner dessen Sohn Paul Kreuzfeldt und Frau und drei Kindern, sowie die Familie Rogens; die Mutter Rogens und ihre Kinder Fröh, Ida, Hannes und Gertrud und noch drei kleine Kinder, außerdem die beiden unehelichen Kinder der Tochter Ida, Ewald und Anni. Die Familie Rogens hauste in dem winzigen Raum von achtzehn Quadratmetern. Die außerordentlich schmutzige und ärmliche Wohnstätte mußte auf die Menschen geradezu demoralisierend wirken. Es ist nicht verwunderlich, wenn die Nachbarn der Familie Rogens

Mutter und Söhne, Brüder und Schwestern, der untereinander verübten Mißhandlung beschuldigten. Tatsächlich wurde auch im Jahre 1924 August Rogens, der in einem Dorfe der Umgebung beschäftigt war, wegen Sittlichkeitsverbrechens an seiner neunjährigen Schwester Gertrud begangen, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Hannes Rogens mußte wegen vollkommener Idiotie in eine Irrenanstalt verbracht werden, wo er nach einigen Monaten gestorben ist. (Der Geisteszustand dieses bedauernswerten Jungen hatte aber die Richter Jakobowskis nicht abgehalten, ihn als Kardinalzeugen auftreten zu lassen!) Fröh Rogens, erst fünfzehn Jahre alt, galt als über Etwas. Ida Rogens unterhielt eine Verhältnis mit Jakobowksi, der seinerzeit als Kriegsgefangener nach Pälingen gekommen war. Der Sohn Ewald stammt jedoch nicht von Jakobowksi. Indessen hat Jakobowksi ihn als eigenes Kind anerkannt, da er die Absicht hatte, seine Geliebte Ida zu heiraten. Das kleine Mädchen Anni ist eine richtige Tochter von ihm. Die alte Frau Rogens hatte die beiden kleinen Kinder in Pflege, wofür Jakobowksi regelmäßig einen bestimmten Betrag an den Vormund zu entrichten hatte. Doch beklagte sich Jakobowksi häufig über den Mangel an Sorgfalt seitens der Frau Rogens, die die Kinder verwahrlosten ließ. Auf Anraten des Vormundes der Kinder suchte Jakobowksi Adoptiveltern für Ewald und Anni Rogens. Indessen konnte er bei seinem Monatslohn von 30 Mark nicht allzuviel für diesen Zweck aufwenden.

Am 9. November 1924 war der kleine Ewald plötzlich verschwunden. Er wurde von einem Arbeiter, der sich mit einem Freitagen zur Kaninchenjagd aufgemacht hatte, in einer Kaninchenhöhle ermordet aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf Jakobowksi, da die dröckliche Polizeikommission — der Landjäger Dißert, — aus der Ferne dirigiert vom Neustrelitzer Oberstaatsanwalt, sich keine andere Person als Täter vorstellen konnte. Von dieser Vorstellung ausgehend, sammelte man die kümmerlichen Indizien gegen Jakobowksi.

Die kommenden Verhandlungen dürften zeigen, welche kompromittierende Rolle im Falle Jakobowksi die Justiz gespielt hat. Freit steht heute schon, daß die Hauptschuld an dem Pälinger Mord nicht nur einzelne Täter, sondern vor allem die Gesellschaft trifft. Der „Fall Jakobowksi“ ist ein brennender sozialer Appell, die trostlosen Verhältnisse, unter denen die gesamte Landarbeiterschaft zu leiden hat, entscheidend umzugestalten.

Neustrelitz, 28. Mai. Heute vormittags begann vor dem Schwurgerichte Neustrelitz der Prozeß gegen Rogens und Genossen wegen Mordes. Den Brüdern Fröh und August Rogens aus Pälingen legt die Anklage zur Last, daß sie den kleinen unehelichen Sohn des Landarbeiters Jakobowksi, Ewald Rogens, umgebracht haben. Wegen des Mordes an diesem Kind ist Jakobowksi vom Schwurgericht Neustrelitz am 26. März 1925 bekanntlich zum Tode verurteilt und trotz der Beteuerung seiner Unschuld am 15. Februar 1926 in Strelitz hingerichtet worden. In der Voruntersuchung sollen die beiden Angeklagten Rogens ihre Beteiligung an der Mordtat zugegeben haben. Auf der Anklagebank erscheint weiters Frau Käbler (verwitwete Rogens), die Großmutter des Ermordeten, die das Verbrechen begünstigt haben soll. Diese und die beiden Angeklagten Rogens sind weiters wegen Meineides angeklagt. Der Frau Luebe, geborenen Kreuzfeldt, wird zur Last gelegt, daß sie die jetzt Angeklagten nach der Tat begünstigt habe. Der Pferdewechter Böcker ist auf Grund seiner Aussagen im früheren Jakobowksi-Prozeß wegen Meineides angeklagt.

Es sind insgesamt 128 Zeugen geladen, 28 Pressevertreter aus allen Teilen Deutschlands haben sich angemeldet.

Die Familie unseres Genossen Senator Polach hat einen schweren und überaus schmerzlichen Verlust erlitten. Gestern ist der 21jährige Sohn Fröh, an dem die Eltern mit zärtlicher Liebe hingen, nach längerer Krankheit aus dem Leben geschieden. Dem Genossen Polach und seiner Familie wendet sich die aufrichtige Teilnahme unserer Parteigenossen zu.

Warum bleiben die ischekoslowakischen Dampfer leer? Die „Narodni Politika“ brachte vor einigen Tagen eine Notiz, in der gefragt wurde, warum die deutschen Frachtschiffe lieber überfüllte reichsdeutsche Elbedampfer als die leeren ischekoslowakischen Schiffe benützen. Darauf gibt nun das „Auffiger Tagblatt“ folgende Antwort:

„Ischekische Wandergesellschaften glauben zu wissen, die Elbe, die Naturschönheit, die Elbedampfer usw. gehörten ihnen — ihnen ganz allein. Dementsprechend benehmen sie sich, schreien, brüllen, singen Lieder — und zwar Selbstlieder oder auch das „Ade domos nostrae“. Bei dieser Staatsräuberie stehen sie natürlich auf und fordern die Ehrenbegehung auch von allen Mitfahrenden — ob Inländer oder Ausländer, ist ihnen egal! — Um solcher Störungen — diese Gefänge wiederholen sich meistens alle Viertelstunden — auszuweichen und Anstrengungen zu ersparen, geschähen sich die Deutschen lieber auf deutschen Dampfern zuhause. Wenn wäre es in früherer Zeit eingeleitet, zwischen Lobositz und Auffig 18mal (!) das „Gott erhalte“

oder von Herrn Reichshagen bis Schandau 11mal das „Heil dir im Siegerkranz“ zu singen? Hier liegt Absicht vor, hier steckt System darin und die Absicht wagt man uns wird verstimmt. Deshalb fahren die schönsten Dampfer der OSA auf dem Elbestrom nicht nur halb, sondern meistens ganz leer!“

Wenn das wahr ist, kann man wohl begreifen, daß die staatsubventionierten Dampferchen keine Mitfahrer gewinnen. Außerdem geriecht es der ischekischen Nation nicht zur Ehre, den nationalitätlichen Wächtern übergeschmappert oder beerbeuteter Brecherei habeburgischer oder hohenzollenscher Großmannsflucht nachzuwäffeln.

Der Rostocker Polizei ist ein guter Fang gelungen. Seit Monaten wurden in verschiedenen Rostocker Kirchhöfen Einbrüche verübt, ohne daß es bisher gelungen war, die Täter zu eruiieren. Dieser Tage wurden nun die drei der Polizei bekannten Einbrecher Alfred Heinz, Ernst Albert und Walter Wild verhaftet, die bereits nicht weniger als acht Einbrüche eingestanden haben.

Dynamitattentat aus verschämter Liebe. Der Tabakarbeiter Anton Streit in Joachimsthal, der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, verfolgte die verwitwete Tabakarbeiterin Günther bereits seit einiger Zeit mit Liebesanträgen, die aber stets zurückgewiesen wurden. Montag abends erschien Streit in dem der Gintler gehörigen Verkaufsladen in der Nähe des Bahnhofes. Kurze Zeit darauf erfolgte eine gewaltige Detonation. Als Gendarmen die Laden betrat,

# Bom Kundun.

## Empfehlenswertes aus den Programmen.

### Donnerstag.

Prag: 12.00—13.00 (Sendung nach Brünn) Konzert, 18.00 Deutsche Presse- und Nachrichten, 18.05 bis 18.35 (Deutsche Sendung) Nordböhmische Komponisten und Dichter, 21.30 Lieder. — Brünn: 11.00 bis 12.00 Matinee, 18.00 bis 18.35 Deutsche Sendung: Rita Kowal, Opernfängerin, Jan Svoboda, Opernfänger; Arien, 19.05 Dvořak-Konzert. — Pilsen: 16.30 Konzert. — Kaschau: 20.15 Konzert. — Dabentry: 18.30 Orgelkonzert. — London: 18.45 Hobdn: Streichquartett, 20.00 „Don Juan“, Oper von Mozart, 1. Akt. — Paris: 1.35 und 20.35 Konzerte. — Brüssel: 20.15 Konzert, 21.15 Gesang. — Berlin: 18.00 Die Liebesjünger in der deutschen Dichtung, 20.00 „Das neue Volkslied“, 20.45 Orchesterkonzert. Dirigent: Hans Pfitzner. — Stuttgart: 18.15 Die Frau auf der Palme, 18.45 Heiterer und Gefahren der Hypnose. — Leipzig: 19.30 Otto Jesens: „Rebel“, 20.00 Konzert, 21.00 Aus der Weltliteratur. — Breslau: 19.30 19.30 „Fürst Igor“, Oper von A. Borodin. — München: 18.00 Klavierkonzert, 20.00 Aus Mendelssohns Oratorien. — Hamburg: 19.00 Ueber die Lichtbildkunst, 19.25 Der Mensch und die Sonne, 20.00 Gartenkonzert, 21.00 Internationale Musik und Rundfunk mit musikalischen Beispielen. — Langenberg: 18.30—18.50 Gutes Deutsch, 19.25—19.55 Deutsches Schrifttum des 19. Jahrhunderts, 20.30 Mozart-Serenaden und Divertimenti. — Königsberg: 18.20 Die Not der geistigen Arbeiter, 19.50 Neues aus aller Welt, 20.05 Einakter-Abend. — Frankfurt: 18.30—18.40 Raststätte für Mutter und Kind, 20.15 Symphoniekonzert. — Wien: 18.20 Durch Eichenböden, 19.20 Kammermusik, 20.15 Volksständchen Abend. — Bern: 21.20—22.45 Mozart-Wagner-Abend. — Rom: 21.00 Symphonisches Konzert, 20.30 „Lodoletta“, Oper von Mascagni, 21.00 Konzert. — Stockholm: 21.45 Kammermusik. — Kopenhagen: 20.30 Alte Tanzmusik. — Hildesheim: 19.41: Kammermusik, 21.10 Orchesterkonzert.

lag Streit furchtbar verstimmt tot am Boden, während die Gintler durch die Explosion schwere Verletzungen erlitten hatte, deney sie Dienstag im Karlsbader Krankenhaus erlag. Es wird angenommen, daß Streit bei dem Attentat eine Dynamitpatrone verwendete, wie sie in den Joachimstaler Uranderwerken für Sprengungszwecke verwendet werden. Ein zur Zeit der Explosion in der Nähe des Ladens weilender Passant wurde durch den Luftdruck zu Boden geworfen und leicht verletzt.

Sechs Kinder überfahren. In der Gemeinde Unter-Harnersbach bei Offenbura (Baden) fuhr Montag nachmittags ein Personenkraftwagen in einen Kinderfestzug. Sechs Kinder wurden überfahren, eins war sofort tot, ein zweites ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Verletzungen der vier anderen Kinder sind gleichfalls schwer. Der Fahrer war auf den Umzug aufmerksam gemacht worden, hat aber anstatt der Bremse den Gashebel getreten. Auch soll er angetrunken gewesen sein.

Pünktliche Flugpost Indien—England. Am Montag traf in London, dem Londoner Flugplatz, die Flugpost aus Indien mit 30.000 Briefen ein. Das Flugzeug hatte nach dem Flugprogramm nur drei Minuten Verspätung.

Blyschlag in eine Abteilung Soldaten. Eine Abteilung des 26. französischen Infanterieregiments, das bei Malzévillo eine Uebung abhielt, wurde Montag von einem Blyschlag getroffen. Zwei Sergeanten, die unter den Bäumen vor dem Regen Schutz gesucht hatten, wurden getötet. Der Unfall rief eine Panik unter den Soldaten hervor, die nach allen Richtungen stühtelten.

12.739 Meter Höhe erreicht. Auf dem Flugplatz der Junkerswerke in Dessau erfolgte Sonntag vormittag ein Angriff aus den Höhenweltrekord ohne Ruhelast, der von dem Amerikaner Champion mit 11.710 Metern gehalten wurde. Der Flugzeugführer Willi Reunhofer erreichte mit einem Junkersflugzeug eine Höhe von 12.739 Meter. Die genaue Höhe wurde erst auf Grund der plombierten Meßinstrumente von der obersten deutschen Sportbehörde festgestellt.

Großfeuer an der Themse. Am Montag kurz nach 11 Uhr nachts brach in einem sechsstöckigen Lagerhaus in der Londoner Vorstadt Rotherhithe an der Themse Feuer aus. Erhebliche Vorräte an Lebensmitteln, besonders Getreide und Getreide wurden zerstört, Feuerwehrröhren aus ganz London beteiligten sich mit Hunderten von Schlauchleitungen an der Bekämpfung des Brandes. Auf Anordnung der Polizei wurden die von den Flammen bedrohten Häuser in der Nähe der Brandstätte von den Einwohnern, im ganzen ungefähr tausend Männer, Frauen und Kinder, in aller Eile geräumt.

Zwei Brüder beim Baden ertrunken. Im „Germaniabad“ in Hamm (Westfalen) vergnügten sich die Brüder Fröh und Wilhelm Polmann während des Bades mit Tauchübungen. Dabei muß Wilhelm Polmann von einem Krampf befallen worden sein, durch den er beim Tauchen viel Wasser zu schlucken bekam. Er umklammerte in seiner Angst den ihm zu Hilfe eilenden Bruder, wodurch beide in die Tiefe sanken und ertranken. Die Leichen wurden geborgen.

Eine unbekannte Handschrift eines Wertes von Johann Sebastian Bach ist in Eisenacher Privatbesitz erbeutet worden. Es handelt sich um eine Sonate für Violine und Cembalo. Das Wert soll auf dem 17. Deutschen Bach-Fest in Leipzig von Adolf Busch zur Aufführung gebracht werden.

**Ende eines Märchens.** Angelehene Blätter, darunter auch die „Frankfurter Zeitung“, haben berichtet, in Niederfischbach (Kreis Ebern) habe eine Frau ein Kind eines ausgemachten Eidechsenkörpers von sich gegeben. Sie habe im letzten Jahr aus einer Waidwiese geerntet, wobei sie eine junge Eidechse oder ein Eidechsenkind verschluckt haben müsse. In ihrem Magen habe sich dann das Tier voll entwickelt. Jetzt hat sich diese Geschichte als völlig erfunden herausgestellt. Die Frau hatte das corpus delicti in einem Hospital in Ziegen unterzucht lassen. Dort wurde festgestellt, daß es sich um ein simples Apfelsinenweibchen handelte, das 1 bis 1,5 Zentimeter breite Gebilde ähnlich allerdings in seiner Form dem Vorderteil einer Eidechse. „Es ist nur ein“, so schreibt ein Siegener Blatt, „daß das Mädel von Niederfischbach aufgefressen wurde, denn das Apfelsinenweibchen war in Gesellschaft und als im menschlichen Magen aufgefundene Eidechse Verträglichkeit zu erlangen.“

**Mohntum.** Der kürzlich von dem Wiener Redaktionsrat aufgestellte Weltrekord im Klavierpiel von 76 Stunden wurde jetzt von dem jungen Wühlermeister Pionisten Desbois um eine Viertelstunde überholt.

**Jäger- und Unglück.** Bei Kampen (Holland) verunglückte in der Nacht eine Fährte im Nesselbusch. Ein Wäldhütermann sowie ein Wagen und zwei Pferde sanken in die Tiefe.

**Niedergerannte Fabrik — 350 Arbeitslose.** In Belgien fiel die große Drahtfabrik der Aktien-Gesellschaft von Thes einem Großfeuer zum Opfer. Der durch den Brand angerichtete Materialschaden wird auf 500.000 Gulden geschätzt. 350 Arbeiter sind durch den Brand arbeitslos geworden.

**Schwere Explosion.** In der Sprengstoff-Fabrik Gunders bei Döls ereignete sich am Montag vormittags eine große Explosion. Drei Gebäude wurden vollständig vernichtet. Ein Mann wurde getötet.

**Die Diagnosen der Quackalberin.** Das erweiterte Schöffengericht Essen verurteilte die 41jährige Naturheilkundige Therese Burk wegen Betruges zu vier Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hatte ursprünglich auf fahrlässige Tötung geklagt. Man war davon ausgegangen, daß der Tod von drei Patienten der Angeklagten unmittelbar auf ihre Behandlung zurückzuführen sei. Diese Angeklagte konnte jedoch nach dem Verlauf der Beweisaufnahme nicht aufrechterhalten werden. Die Jugendvernehmung ergab ein groteskes Bild mittelalterlichen Aberglaubens. Die Angeklagte behauptete ihr Heilgeschick unter der Aufsicht eines Teufelhabers, nämlich des Geistes ihres vor langer Zeit gestorbenen Schwiegervaters. Dieser Geist — so gab die Angeklagte dem Richter vor Gericht an — bezordne in jedem Fall die zu verwendenden Heilmittel. Auch erscheine ihr der Geist vor Patientenbesuchen. Dann teile er mit, welche Patienten im Laufe des Tages kommen würden. Die Angeklagte hat ihren Schwiegervater nie gekannt. Wohl sei ihr der Geist erschienen und habe ihr befohlen, Kranke zu brühen. Ihre hartnäckige Weigerung habe der Geist jedoch nicht akzeptiert. Daher habe sie sich seiner Vorchrift gefügt. Der Gerichtsvorsitzende fragte, in welcher Form und wie oft der Geist sich bemerkbar mache. Darauf erwiderte die Angeklagte, er trage meist einen dunklen Anzug mit bedrohlichem Kragen und erscheine sehr häufig am Tage. Auch jetzt sehe sie ihn wieder; er flüsterte ihr gerade etwas zu. Der Vorsitzende fragt nach dem Inhalt der Geistesrede. Die Angeklagte sagt geheimnisvoll: „Darüber muß ich stillschweigen bewahren.“ Die wichtigsten Heilmittel, die von der Angeklagten vorschrieben wurden, waren Kräuter, Zwiebeln, Tee, Urin und Daklellet. Bei einer der Frauen, die sich in ihre Behandlung begaben, stellte sie „Zumpfrankheit“ fest. Der Geist ordnete in diesem Fall Zwiebelblätter, Tee und Salbe an. Als die Frau fragte, ob sie nicht doch zum Arzt gehen sollte, sagte die Angeklagte, dann wäre ihr der Tod sicher. Die Frau starb nach einiger Zeit. Sie hatte schließlich doch einen Arzt aufgesucht, aber es war bereits zu spät. Das Geschäft der Angeklagten wurde vom Publikum so stark frequentiert, daß oft garnicht genug Dackel beschafft werden konnten, um alle Patienten richtig zu behandeln.

**Ein Fuchs als Brandstifter.** Bei einem Waldbrand zwischen Merbeck und Arbed (Rheinland), dem 80 Morgen zum Opfer fielen, lief ein brennender Fuchs in eine gegenüber liegende Schenke. Dadurch dehnte sich der durch die Feuerwehr bereits eingedämmte Brand auf weitere 20 Morgen Wald aus.

**Wenn ein Multimillionär im Gefängnis sitzt.** Die amerikanischen Zeitungen sind voll von ausführlichen Schilderungen über das Leben, das der 37jährige Osmagat Harry J. Sinclair, der Herr über mächtige Petroleumgesellschaften und Besitzer von schätzungsweise 500 Millionen Dollar, im Gefängnisgefängnis von Columbia bei Washington führen muß. Sinclair hat den Weg nach dem Gefängnis in einer eleganten Limousine gemacht und bei seinem Eintritt in das Gefängnis erwarteten ihn Tausende neugieriger Zeitungsjournalisten mit ihren Photographenapparaten. Wie die Reporter zu berichten wissen, hat Sinclair sein Schicksal geklagt getragen. Nun muß der Multimillionär mit 5 Dollar in der Woche, die ihm für den Ankauf von Zigaretten usw. gestattet sind, auskommen. Besonders gut scheint es ihm nicht zu gehen, denn die Zeitungsjournalisten wissen zu berichten, daß er an Schlaflosigkeit leidet und sich geweigert hat, sein Essen in der Gefängnis-Küche von 20 Strafgefangenen, von denen die Mehrzahl Neger sind, in der großen Halle des Gefängnisses einzunehmen. Immerhin ist Sinclair dadurch eine gewisse Erleichterung zuteil geworden, daß ihm als früherer Student der Chemie eine Beschäftigung als Assistent des Gefängnisarztes zuteil ge-

# Jahrestagung der Deutschen Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge in St. Joachimstal.

Die Tage vom 25. und 26. Mai verammelten die Vertreter der deutschen Jugendfürsorgearbeit in St. Joachimstal. Von 99 Landesvereinen waren 57 vertreten. Samstag, den 25. Mai versammelten sich um 8 Uhr morgens die Berufs-vormünder unter Vorsitz des Gerichtsrates Dr. Eigel (Reichenberg). In einer ausführlichen Konferenz wurde die Frage behandelt: Die rechtliche Stellung des Berufsvormundes (durch Gerichtsrat Dr. Eigel). Die Konferenz war von 74 Berufsvormündern besucht, die sich lebhaft an der Aussprache beteiligten.

In den Mittagsstunden tagte der Hauptauschuß Dr. Heller, der Leiter der Deutschen Landeskommission, konnte in dieser Sitzung über eine befriedigende Lösung der Frage des Abverkaufs (statt der eingeleiteten Enteignung) der Hälfte des Grundstückes beim deutschen Mädchenheim in Liboch an das Sozialministerium berichten. Weiter über die für den September festgesetzte Konferenz mit den Vertretern der parlamentarischen Verbände zwecks Zusammenarbeit der Jugendfürsorge mit der Landesverwaltung. Die Zuwahlen in der Hauptauschuß ergaben die Wiederwahl der Mitglieder: Dr. Göpfel (Prag) — Abg. Jaksch (Hohenfurt) — Oberbürgermeister Wiedemann (Waldorf) — Frau Eila Schäfer (Reichenberg) sowie die Neuwahl des Vizebürgermeisters Leopold Pözl (Aussig).

Um 2 Uhr versammelte sich in der Turnhalle der deutsche Frauenvorstand, der eine ausgezeichnete Besprechung aufwies. Den Vorsitz führte die Präsidentin des Frauenrates, Fachlehrerin Emma Rott (Reichenberg). Zur Verhandlung kamen die Fragen: „Mütterchulen“ und „Erziehungsanstalt“, behandelte von Frau Emma Rott, und „Die Einwirkung der Erwerbstätigkeit der Frauen auf Mutter und Kind“, eingeleitet durch Frau Wg. Blatz (Reichenberg).

Um 5 Uhr nachmittags wurde in der Turnhalle der Vertretertag eröffnet. Die Leitung besorgte das Hauptauschmittglied Dr. Max Lederer (Repsitz).

Über die Jahresstätigkeit berichtet ausgangswise aus dem im Druck vorliegenden Jahresberichte Sekretär Heinrich Kuntzsch, anschließend über den Stand der Organisation, Organisationsleiter Karl Theimer, über die Kassführung und über die durchgeführte Kassenprüfung Buchhalter Hans Hirsch.

Den Berichten war zur Befriedigung der Vertretung zu entnehmen, daß es der deutschen Jugendfürsorge trotz der gerade im Jubiläumsjahre ihres 25jährigen Bestandes aufgetretenen Schwierigkeiten und Hemmnissen namentlich in finanzieller Hinsicht doch wieder möglich war, insgesamt 2576 Kinder direkt durch die Zentrale zu fördern, teilweise durch Unterbringung in eigenen und fremden Fürsorge- und Erziehungsanstalten oder in Pflegefamilien, teilweise durch Gewährung von laufenden monatlichen Erziehungsbeträgen und einmaligen Unterstützungen, durch Unterbringung kranker und erkrankungsbedürftiger Kinder im Reichenberger Krüppelheim und in anderen Heil- und Erziehungsanstalten, endlich durch Beschaffung von Freizeitmöglichkeiten oder sonstigen Fahrgünstigungen und dergleichen mehr. Neben dieser unmittelbar praktischen Fürsorgearbeit, deren Durchführung allmählich immer mehr in die einzelnen Bezirksjugendfürsorge verlegt wird, betrachtete die Zentrale als ihre wichtigste Aufgabe die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen, die Versorgung aller jener Angelegenheiten, die über den Wirkungsbereich einer einzelnen Bezirksjugendfürsorge hinaus reichen, kurz die ge-

worden ist. So hat er bereits bei einer von diesem Arzt vorgenommenen Operation helfen dürfen. Der Gelangene Nr. 10.520 — so heißt jetzt der Multimillionär für 90 Tage — hat während der Abendstunden die Erlaubnis, Radio zu hören und in der Gefängnisbibliothek zu lesen.

**Ein Vagabunden-Biograph.** Einer der beim Stuttgarter Vagabundenkongress beteiligten Künstler, der Walter Tombröck, entwirft in der Vagabundenzeitschrift „Der Kunde“ folgendes gedrängte Lebensbild von sich: „Proletarierkind aus dem Ruhrgebiet. Arbeiter im Bergwerk, in der Fabrik, Ausreißer, Schiffsjunge beim Norddeutschen Lloyd, Sträfling, Jäger, Landstreicher, Abenteuerer, kaiserlicher Wälder beim Marinierkorps in Flomberg, Agitator der kommunistischen Partei, Barrikadenkämpfer, Sträfling — Landstreicher — Kunde und jetzt: Vagabund. Seit fünf Jahren Vagabund. Fünf Jahre Herberge, fünf Schweinehälften, Hundeboden als Nachtquartier. Meine Mutter ist die Landstraße, Mutter und Freund zugleich — mein Freund ist der Zufall, mein Vater die Not; die Sonne ist meine Schwester — Bruder ist mir jeder Mensch. Der Hunger aber ist mein häufiger Gefährte, und Gefährtin ist die Sorge. Auch eine Geliebte habe ich: die Kunst!“

**Verpachtung einer Flohjad.** Das Suchen nach neuen Einnahmequellen zeitigt merkwürdige Blüten. Auf einem Gute in der Nähe von Voisenburg in Mecklenburg ist man jetzt auf den gewiß nicht alltäglichen Gedanken gekommen, die Flohjad zu verpachten. Bieter waren sofort zur Hand, und die Jad wurde um zehn Mark jährlich gepachtet. Wer nun glaubt, die Gerechtfame dieses Jägers erstreckt sich darauf, nächstherweise in den Betten des Gutes nach Flohen jagen zu dürfen, der irrt allerdings. Es handelt sich bei den in Betracht kommenden Japadieren auch nicht um den in weiteren Kreisen bekannten braunen Bett- und Menschenfloh, son-

der Interessentvertretung der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen. Den Ausführungen des Berichterstatters war zu entnehmen, daß durch die Sorgen um die Wirtschaftslage mehr noch als in früheren Jahren die besten Kräfte gebunden werden. Eine Besserung dieser Verhältnisse wird von den bevorstehenden Verhandlungen mit der Landesverwaltung erhofft. Der Vertretertag war jedoch einhellig der Überzeugung, daß von einer endgültigen Lösung erst dann wird gesprochen werden können, bis die angelegte gesetzliche Festlegung der finanziellen Sicherung der Jugendfürsorge erreicht sein wird. Die Rechtsberatungsstelle der Zentrale wurde nur in 23 Fällen in Anspruch genommen, dagegen sind in der Landesfürsorge nicht weniger als 272 Fälle zugewachsen. Als sehr wertvoll haben sich die neu eingerichteten Arbeitsgemeinschaften der Berufsvormünder erwiesen. Für das Ernährungsbüro 1927/28 wurden von der Regierung 80.000 K zur Verfügung gestellt. Da die freiwillige Jugendfürsorge über 100.000 K noch aus eigenem aufbrachte, konnte 7681 Kindern durch 34 Tage eine Ernährungszubute zugewendet werden. Für den Winter 1928/29 hat das Ernährungsministerium einen Betrag von 750.000 K für dieses Büro bereitgestellt. Die Lebensbildzentrale, die erstklassigste immer mehr Beachtung findet, wurde von Pilsen nach Reichenberg verlegt und arbeitet nun in enger Verbindung mit der Zentrale der deutschen Jugendfürsorge. Die Berufsberatung konnte bereits in 64 Bezirken eigene Zweigstellen errichten.

Die Jahresrechnung weist Einnahmen in der Höhe von 2.231.553,65 K und Ausgaben von 2.231.124,50 K aus. Gegenüber dem Jahre von 1927 ist demnach ein Minderertrag an Einnahmen von 316.512,80 K zu verzeichnen, welcher zum Teile auf den Anfall der Wochlooseeffektenlotterie, zum Teile auf die Auswirkungen des Gemeindefinanzgesetzes zurückzuführen ist, da die Beiträge vieler Bezirke und Gemeinden entweder stark reduziert wurden oder überhaupt ausblieben. Um die Jahresrechnung nicht passiv werden zu lassen, mußte, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, die so notwendige weitere Ausgestaltung der Tätigkeit unterbleiben. Die Zuwendungen des Staates und des Landes betragen zusammen 217.365 K, d. i. 7,8 Prozent der gesamten Jahreseinnahmen.

Der Antrag auf Entlastung der Jahresrechnung fand nach Vortrag des Revisionsberichts einstimmige Annahme.

Die Jahresbeiträge der Zweigvereine an die Deutsche Landeskommission wurden in der bisher üblichen Form festgesetzt. Dafür wird den Zweigvereinen auch weiterhin ein 25prozentiger Beitrag aus dem Ertragsnisse des Kinderbeschäftigungstages überlassen.

Die tagungsgemäß auscheidenden Mitglieder des Hauptauschusses: Bezirksrichter Otto Bauer (Raaden) — Obergerichtsrat Karl Long (Eger) — Obergerichtsrat Rudolf Wetzina (Leitmeritz) und Gerichtsrat Emerich Perer (Böhm. Tepla) wurden einstimmig wiedergewählt.

Ebenso wurden wiedergewählt die Rechnungsprüfer: Kaufmann Franz Vogner, Direktor Eduard Proschke, Finanzrat Dr. Maximilian Waler, ferner die Erlagsmänner: Fabrikant Ernst Rubin, Kaufmann Franz Bedert und Direktor Ernst Burmann, sämtliche aus Reichenberg.

Auch das Schiedsgericht wurde in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, und zwar: die Reichenberger Rechtsanwälte Dr. Alfred Müller, Dr. Ferdinand Pfeifer und Dr. Rudolf Lamm. Der nächste Vertretertag wird über Einberufung der Deutschen Bezirksjugendfürsorge Frauenau nach Trautenau einberufen werden.

**Deutsche Hauptstelle für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge in Prag.** Die diesjährige Hauptversammlung findet Donnerstag, den 13. Juni l. J. um halb 6 Uhr nachmittags in der Raupel, Prag I., II oberste dvora 9, statt.

## Ihr laßt den Armen schuldig werden ...

**Wie die Gesellschaft „Verbrecher“ züchtet.**  
In der Mainzer „Volkszeitung“ schildert ein Vorbestrafter seine Schicksale. Die Darstellung beweist, wie zahlreiche Vorbestrafte durch soziale Lechtung geradezu auf die Bahn des Verbrechens getrieben werden. Wir entnehmen dem Artikel:

„Auf einen Judizienbeweis hin wurde ich am 11. Mai dieses Jahres auf das Gericht zitiert. Es handelte sich um eine Straffache, die ich nicht begangen habe. Doch meine Vorstrafe und die Aussagen eines Belastungszeugen, der in Wahrheit seiner Interessen eine falsche Aussage gemacht hat, genügen, um mich auf ein Jahr in das Gefängnis zu schicken. Ich bin vorbestraft. Die Vorstrafe habe ich erhalten für eine im jugendlichen Leichtsinne und aus Unersahrenheit begangene Tat zur Zeit der Weltkorrumpation, in der Mein und Dein nicht so genau genommen wurde. Durch den Mangel der Vorstrafe habe ich schon jahrelang zu leiden. Nirgends konnte ich Arbeit bekommen. Sie und da war es mir möglich, für einige Tage unterzukommen. Hörte man jedoch von meiner Vorstrafe, so lag ich bald wieder auf der

Straße. Aber die Behörde selbst hat ja ihr gutes Teil dazu beigetragen, durch Hausdurchsuchungen und Vernehmungen mich in den Augen meiner Mitmenschen herabzusetzen. Ist es da ein Wunder, wenn ein Mensch in Leiblicher Schwäche und seelischer Ermattung diese stumpfe Folter nicht mehr erträgt, zum Alkohol greift und schließlich wieder zum Verbrecher wird? Man hört und liest in bürgerlichen Zeitungen über die Fürsorge für entlassene Gefangene gar viel. Wie es aber damit aussieht, kann ich aus Erfahrung berichten. Jahrelang war ich in einer Strafanstalt produktiv beschäftigt und erhielt pro Tag zehn bis fünfzehn Pfennige gutgeschrieben. Doch diese Pfennige gingen durch die Inflation verloren. Während eines Transportes hatte ich meine Kleider und Schuhe aus Hunger und Leidenschaft gegen Brot und Rauchermaterial ausgetauscht. Ich erhielt dagegen Kleider und Schuhe, in denen sich der größte Landstreicher geschämt hätte. Ich stellte vor meiner Entlassung einen Antrag auf einen Anzug und Schuhe, erhielt aber nichts. Der Grund war, und das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich es nicht verstanden habe oder auch nicht verstehen wollte, mich mit der Geistlichkeit der Anstalt durch Scheinheiligkeit und Heuchelei auf guten Fuß zu stellen. Es wäre an der Zeit, den großen Einfluß der Anstaltsgeistlichen in mancher Anstalt zu beschränken. Auch wäre es Zeit, daß jeder Arbeiter sich etwas mit dem Strafzuch beschaffte. Gerade an dem Orte, an welchem Menschen einer Ungerechtigkeit wegen büßen, geschehen die größten Ungerechtigkeiten.“

## Wollwirtschaft und Sozialpolitik.

**Prager Produktenbörse.** (Offizieller Bericht vom 28. Mai.) Die günstigen Aussichten für die neue Ernte und die allgemeine slowe Tendenz an den ausländischen Getreidemärkten hatte am hiesigen Tage ein großes Warenangebot in allen Getreidearten zur Folge und bewirkte einen scharfen Rückgang der Preise. Bei ungenügender Kaufkraft ging Weizen gegenüber der letzten Woche um 10 K und Roggen um 20 K zurück. Der Rückgang beschränkte sich jedoch nicht nur auf Weizengetreide, sondern griff auch auf Hafer, welcher 20 K, und Gerste, welche 8 K verlor, über. Der scharfe Preisrückgang am Getreidemerkte führte natürlich auch zu scharfen Kursrückstrichen am Weizenmarkt. Weizen- und Roggenmehl heimischer Provenienz verloren durchschnittlich 10 K, ungarisches Wehl 15 Kronen und amerikanisches Wehl 5—15 K. Reis gab um 5 K nach. Von den übrigen Futtermitteln verbilligten sich Heu um durchschnittlich 8 K und Stroh um 3 K. Von den übrigen Warenarten wäre nach auf den scharfen Preisrückgang in Mehl hinzuzurechnen, wo rumänische Ware 140—142 K, La Plata 150—152 K notierte. Amerikanisches Fett notierte um 30 K niedriger. Tirolische Eier gaben um 1 K nach. Die heutige Börse war zahlreich besucht. Das Geschäft zeigte zwar gegenüber den letzten Börsen infolge der niedrigeren Preisstufen einen regeren Verlauf, entsprach aber keinesfalls dem herrschenden Angebot. — Es notierten in Kronen: Roggenmehl böhm., 80—82 Kr. 175—178, weißer Weizen böhm., 75—77 Kr. 160—164, 78—79, Ritzgarom 165—170, Roggen böhm., 69—72 Kr. 130—135, Gerste Ia 135—160, mittlere Gerste 150 bis 154, Futtergerste 125—130, Hafer böhm. 130 bis 135, rumän., Futtermais, Feinforst 140—142, Futtermais La Plata, Tschechen 150—152, Weizenmehl 200—310, Weizenmehl OHH doppeltreiffen 270 bis 285, Weizenmehl O glatt 245—255, Nr. 1 220—235, Weizenmehl Nr. 4 185—195, Futterweizenmehl Nr. 8 140—150, Roggenmehl O-I 232 bis 237, I 212—217, II 165—175, Roggenfutturmehl 145—148, ungar. Grobmehl, Bratislava 280 bis 285, amer. Potentmehl, Tschechen 315—320, Reis Burma II, Tschechen 270—275, Montmain, Tschechen 325—355, Prachweis 220—250, Hirse 340—350, Graupen 235—240, Erbsen grün 300—300, weiß 230 bis 260, Viktoria 345—365, Linsen 775—850, Besafche 240—250, Sommerweide 240—250, Naturroffe 575—800, Raffee plomb 975—1175, Weisse 650—1150, Schwebenmehl 1200—1800, Wundflie 700 bis 800, Rosenklee 600—625, ital. plomb. Luzernklee 1100—1200, französischer plomb. Luzernklee 1525 bis 1625, Rops 200—300, Zeug 350—380, böhm. Mohr Bau 630—650, Mohr Silberbau 700—750, Leinwand 260—310, Rummel böhm. 650—670, holländ. 600—710, weiße Speisepfaffen, Verladet. 37—41, Speisepfaffen, selbstkochen, Verladet. 43—48, Weizenklee 110—113, Roggenklee 110—113, „Soko“ Schrot 176—180, inländ. Napfweizen 161—167, Leinwand 192—195, Arabidenschen 192—195, Industriemehl 120—123, Futtermehl 115 bis 118, Heu böhm., ungepreßt, Prag 97—102, süß, ungepreßt, Prag 112—115, sauer, gepreßt, Prag 102 bis 107, süß, gepreßt, Prag 117—122, Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt, Prag 60—62, Futterstroh, gepreßt, Prag 47—49, ungepreßt, Prag 47—49, amer. Fett, Tschechen 1240—1260, Eier, für 1 Schaf frische böhm. und mehr, frei Prag Bohnt. 48, frische orig. New. frei Prag Bohnt. 40—41.

## Devisenkurse.

### Prager Kurse am 28. Mai.

	Gold	Ware
100 holländische Gulden	1355.—	1359.—
100 Diner	59.17	59.42
100 Reichsmark	803.42	805.92
100 Belgier	468.23	469.43
100 Schweizer Franken	587.55	589.55
100 Schilling	648.95	650.92
1 Pfund Sterling	163.40	164.—
100 Lire	176.29	177.08
1 Dollar	33.70	33.80
100 französische Franken	131.79	132.19
100 polnische Zloty	377.47	379.47
100 Schilling	478.47	479.47

